

**Internationaler  
Versöhnungsbund**

Seit 1914 gewaltfrei aktiv  
gegen Unrecht und Krieg

# Versöhnung

**Rundbrief 3/2011**



Mauergrafitti bei Bethlehem. Foto: Gabi Bieberstein

## **Themen u.a.:**

**Sprache und Krieg**

**BDS-Diskussion**

**Afghanistan**

**Versöhnung vor Ort**

# Inhaltsverzeichnis

Editorial (A. Hämer) 3

## Grundsatzfragen

Sprache und Krieg - eine Arbeitsvorlage (U. Hahn) 4

Rückfragen zum Besuch der EKD-Spitze in Afghanistan (A.Hämer) 6

Freude über den Tod eines „Feindes“? – Ein Briefwechsel zwischen M. Engelke und V. Kauder 8

## Zur BDS-Diskussion

Ein Leserbrief (A.Gaffga) 9

Gedanken im Nachgang zur Mitgliederversammlung in Duderstadt (M. Engelke) 9

Boykott-Desinvestition-Sanktionen (BDS) gegen Menschenrechtsverletzungen Israels – eine Kampagne für den VB? (H. Brinkmann-Kliesch) 12

Die VB-Nahost-Kommission zu ihren Anträgen auf den letzten Mitgliederversammlungen (G. Bieberstein, J. Bieberstein, H. Klee, Th. Nauerth, C. Ronnefeldt, A. Schneider) 13

Reisen nach Palästina 15

## Afghanistan

Taliban signalisieren Verhandlungsbereitschaft - und die NATO? Die zweite Petersberg-Konferenz steht bevor (O. Steinbicker) 16

## Versöhnung vor Ort

Würdiges Leben im Alter. Putevi mira 18

## Nachruf

Dr. Franz von Hammerstein (U. Sonn) 20

## Nachrichten und Termine 21

### Materialhinweise (22)

### Der neue VB-Vorstand (23)

Meine Antwort auf das Kairos-Palästina-Dokument (M. Engelke) 24

## Impressum

Versöhnung – Rundbrief des Internationalen  
Versöhnungsbundes – Deutscher Zweig

Vierteljährliche Erscheinungsweise

Herausgeber: Versöhnungsbund e. V.

Schwarzer Weg 8; 32423 Minden

Telefon: 0571 - 8 5 08 75

Fax: 0571 - 8 29 23 87

E-Mail: vb@versoehnungsbund.de

Internet: www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für den Inhalt dieser Ausgabe:

Maria Krisinger, Marta Pryrembel, Dagmar  
Schulte, Andreas Hämer

Redaktionsanschrift:

Andreas Hämer, Zur Urselsbach 4, 66352  
Großrosseln

E-Mail: versoehnung@gmx.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:  
10. November 2011

Layout: Otmar Steinbicker

Referat für Friedensfragen:

Clemens Ronnefeldt

A.-v.-Humboldt-Weg 8 a, 85354 Freising

Tel.: 08161 - 54 70 15

Fax: 08161 - 54 70 16

E-mail: C.Ronnefeldt@t-online.de

Spendenkonto:

Versöhnungsbund e. V.

Konto-Nr.: 400 906 72

Sparkasse Minden-Lübbecke

BLZ 490 501 01

IBAN: DE20 4905 0101 0040 0906 72

(SWIFT Code: WELADED1MIN)

Druck und Versand:

Knotenpunkt Offsetdruck GmbH,  
Buch/Hunsrück

Titelfoto: Auf dem Weg durch Duderstadt  
(B. Pütter)

# Editorial

Wenn dieser Rundbrief bei seinen Adressaten eintrifft, bin ich voraussichtlich in Israel-Palästina, um bei der Olivenernte zu helfen.

Für mich war das ein langer Weg. Als Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre MitstudentInnen nach Israel reisten und, Israel-Lieder singend, wie verklärt zurückkamen, hat mich das eher abgestoßen. Warum? Vielleicht, weil sie meinten, im Land Israel auf den Spuren Jesu zu sein? Vielleicht auch, weil sie immer nur von dem großen Wunder der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Israel erzählten und in dieser Entwicklung und überhaupt in der „Auferstehung“ Israels ein Zeichen des Handelns Gottes mit seinem Volk sahen?

Wenn ich damals gelegentlich gefragt wurde, ob ich schon dort gewesen sei, habe ich meistens salopp geantwortet: „Nein, da wird mir zu viel geknallt!“

Niemals hat mich indessen die innerkirchliche Diskussion um das Verhältnis von Kirche und Israel bzw. das christlich-jüdische Gespräch unberührt gelassen - immerhin der bahnbrechende Versuch, endlich jenen Antijudaismus zu überwinden, der bereits in den neutestamentlichen Evangelien teils untergründig, teils offen zum Ausdruck kommt und sich schließlich in jahrhundertelanger Judenfeindschaft der Kirchen fortsetzte und verstärkte. Denn Jesus war ein Sohn jüdischer Tradition und wollte nichts anderes als ein Jude sein ...

Trotzdem war mir immer wieder unbehaglich bei gewissen theologisch hochgestellten Formulierungen, die möglicherweise, wie J.Vollmer meint, auch mit Verdrängung zu tun haben können (Die Auseinandersetzung um seinen Aufsatz „Der Israel-Konflikt und die Befreiung der Theologie“ im Deutschen Pfarrerbblatt hoffen wir in der nächsten Nummer dokumentieren zu können).

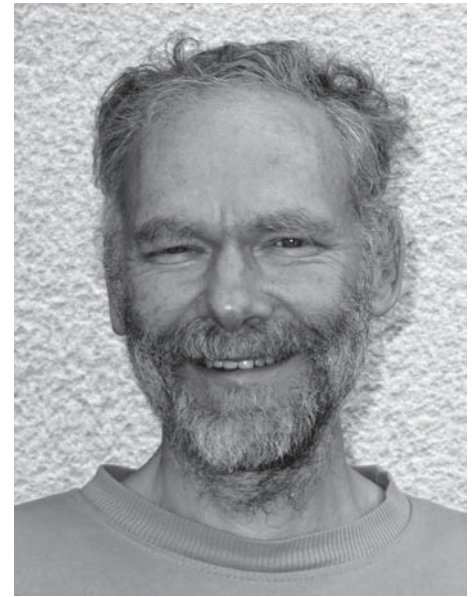
Es waren eine Reihe von Begegnungen, die mich auf meinen Weg nach Israel-Palästina gebracht haben - Begegnungen, die wir im Rahmen der Friedensdekade in Völklingen organisiert hatten:

- mit Einat und Fati, zwei junge Leute von Ta'ajusch, eine Israeli und ein Araber, die von ihrem mutigen Einsatz gegen die vom Militär errichteten Barrikaden berichteten ...

- mit Felicia Langer, die von ihrem Eintreten für rechtlose Palästinenser erzählte ... (Unser Chor hatte sie damals mit israelischen Friedensliedern begrüßt; sie war zunächst sichtlich ergriffen, bedankte sich, aber stellte dann fast unwillig fest: „Ja, das war einmal; das ist Romantik!“ - eine Bemerkung, die mich tief berührt und ins weitere Fragen gebracht hat).

- mit Faten Mukarker aus Beit Jala, die ihre Vorträge regelmäßig mit dem Gebet einleitet: „Herr, gib mir Mut zum Brückenbauen“ . In diesem Text heißt es auch: „Ich möchte gerne Hände reichen, wo jemand harte Fäuste ballt ...“ - wenn dann die Bilder von den Mauern kommen, fragt sie: „Wie können wir die Hände reichen, wenn uns achtmeterhohe Mauern trennen? - Faten hat uns eingeladen, sie in Beit Jala zu besuchen. Das will ich gleich zu Beginn meiner Reise tun.“

In der VB-Klausurtagung im Schöffengrund (Dezember 2010) haben wir ein Wochenende lang die Frage des Israel-Boykotts (BDS) hin- und hergewälzt. Dort wurde u.a. vorgeschlagen, eine Begegnung zwischen VB-Mitgliedern und israelischen und palästinensischen Friedensgruppen zu organisieren. Ich bin mir nicht im Klaren darüber, wie weit dieses Projekt, das zweifellos sehr aufwändig wäre, inzwischen gediehen ist oder gedeihen konnte. Als aber im Frühjahr wieder die Einladung vom Österreichischen VB zur Teilnahme an der Olivenernte rundgemailt wurde, habe ich mich



angemeldet - u.a. ermutigt durch den Bericht von Anke Lützow in der Nummer 1/2011.

Die BDS-Diskussion ist unter uns keinesfalls zur Ruhe gekommen, wie sich in der MV Anfang Juni in Duderstadt deutlich gezeigt hat. M.Engelke reflektiert in seinem Nachtrag die Situation und sein Verhalten; H.Brinkmann-Kliesch versucht, seinen grundsätzlichen Bedenken Ausdruck zu geben, und die Mitglieder der Nahostkommission des VB bemühen sich um eine grundsätzliche Klärung der Begriffe Boykott, Desinvestment und Sanktionen. Das kann für unseren Rundbrief nur ein Anfang sein. Wir hoffen auf weitere Beiträge. Wie bereits gesagt, am liebsten in Form von Dialog-Artikeln - Stellungnahmen gibt es genug ...

Dass uns grundlegende Auseinandersetzungen einerseits (im ersten Teil des Rundbriefes), kompetente politische Analysen sowie konkretes Versöhnungshandeln vor Ort (z.B. in Dubica) weiterhin beschäftigen, zeigt auch dieser Rundbrief. Wir hoffen auf gute Rückmeldungen.

Für das Redaktionsteam

Andreas Hämer

# Sprache und Krieg - eine Arbeitsvorlage

von Ullrich Hahn

*In der letzten Nummer ist über die AG 8 in Duderstadt bereits kurz berichtet worden. Die Arbeitsvorlage, die Ullrich Hahn für diese AG erstellt hat, ist jedoch einen Extraabdruck wert.*

Zwar gehört es zu den Merkmalen eines Krieges, dass nicht mehr Menschen miteinander, sondern nur noch „die Waffen sprechen“. Dies gilt aber nur im Verhältnis zwischen den Kriegsgegnern. Zur Vorbereitung und Rechtfertigung von Krieg und militärischen Einsätzen spielt die Sprache eine große Rolle bei der Meinungsbildung innerhalb der jeweiligen Gesellschaften. Hier sind wir beteiligt sowohl als Adressaten bzw. Hörer regierungsamtlicher (Kriegs-)Erklärungen und Argumenten der Befürworter militärischer Einsätze. Andererseits ist für uns als Kriegsgegner die Sprache das wichtigste Mittel für unseren Widerspruch und Widerstand gegen die Vorbereitung und Durchführung von Militäreinsätzen und Krieg. - Die folgenden Überlegungen wollen anregen zu genauerem Hören und deutlicherem Sprechen.

## 1. „Hier stehe ich und kann nicht anders“

- der deutliche Widerspruch braucht Mut. Vielen Erklärungen aus der Reihe der Friedensbewegung fehlt eine klare Aussage - aus Furcht, diese könne von „realpolitisch“ denkenden Politikern nicht ernst genommen werden. Hier hat die Übermacht der Gegenseite bereits die eigene Ausdrucksfähigkeit erschüttert: man erlaubt es sich nur noch, in Kompromissen zu denken und zu fordern, die als Ergebnis eines Dialogprozesses herauskommen könnten. Es findet dann aber gar kein Dialog mehr zwischen zwei Positionen statt, sondern nur noch innerhalb des einge-

schränkten Raumes zwischen einem schon gedachten Kompromiss und der noch klaren Position der Gegenseite.

Begründet wird diese Art von Entgegenkommen oft als notwendige Taktik, vergleichbar dem „Marsch durch die Institutionen“. Am Ende dieses Marsches oder dieser Argumentation steht aber selten das ursprünglich angedachte Ziel, sondern die Anpassung an den vorhandenen Status Quo. Ein nur taktisches Zurückhalten der eigenen Überzeugung ist auch kaum mit den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, dem „Festhalten an der Wahrheit“ (Satyagraha) zu vereinbaren. Die eigene, auch subjektiv so verstandene Wahrheit muss der anderen Seite nicht lieblos entgegen geschleudert werden, sie bedarf aber aufrichtiger Klarheit, um das Gegenüber nicht zu überreden oder gar „über den Tisch zu ziehen“, sondern als Gesprächspartner auf Augenhöhe ernst zu nehmen und ihn/sie im besten Fall zu überzeugen.

2. In der Argumentation sind zu unterscheiden der Vortrag von und Streit um Tatsachen einerseits (das was ist und was wir „können“) und die Argumentation mit Normen des Zusammenlebens andererseits (dem was sein soll und was wir „dürfen“). Gelten nach meiner Überzeugung klare Normen („das Töten von Menschen im Krieg ist unrecht“) so muss ich nicht erst ausprobieren, ob und wie es funktioniert. In einem solchen Fall gibt auch der Erfolg nicht recht.

## 3. Zur Grammatik und Wortwahl

a. Relativsätze machen das, was sie grammatikalisch bedeuten: sie relativieren die vorangegangene Aussage. Oft bringen sie zum Ausdruck, dass mein Widerstand gegen den Waffeneinsatz von der jeweiligen Situation abhängt, er also situationsbedingt ist („wenn das Mandat der UN überschritten wird, darf nicht bombardiert werden“).

b. Adjektive als zusätzliche Beschreibungen verstärken die Aussage oft nicht, sondern schränken sie ein („bei diesem Einsatz werden unschuldige Menschen getötet“).

c. Bei der isolierten Kritik einzelner Auswüchse militärischer Einsätze kann dies als Legitimierung des „Normalfalles“ verstanden werden oder auch so gemeint sein („Streubomben sollen verboten werden“).



d. Der Hinweis auf negative Folgen des militärischen Einsatzes auch für die eigene Seite kann so verstanden werden, dass der Einsatz erlaubt wäre, wenn der Schaden nur auf der anderen Seite bleibt („Gewalt erzeugt immer Gegengewalt“).

e. Zumindest im juristischen Sprachgebrauch bedeutet die Aussage „grundsätzlich“ immer, dass es legitime Ausnahmen vom Grundsatz gibt („Kriege sollen grundsätzlich verboten werden“).

f. Wer vom „Vorrang“ ziviler oder gewaltfreier Mittel spricht, lässt Raum für den nachrangigen Einsatz des Militärs („man sollte zuerst immer versuchen, mit der anderen Seite zu reden“).

## 4. Begriffe, die verschleiern, was gemeint ist

a. Die internationale Polizei: Mit dem Begriff der Polizei ist das Idealbild einer Ordnungsmacht gemeint, welche die Guten schützt und den Bösen wehrt. Dieses Bild stimmt schon auf nationaler Ebene nicht: die Polizei ist im staatlichen Rahmen immer auch ein Herrschaftsinstrument und wird auch in der parlamentarischen Demokratie als solches eingesetzt.

Im internationalen Sprachgebrauch ist die „Polizei“ ohnehin meist Teil der „Sicherheitskräfte“, zu denen auch das Militär und die Geheimdienste zählen. Die Grenze zwischen diesen Dreien sind fließend, inzwischen auch bei uns. Zur Abgrenzung von Polizei und Militär sind entscheidend: die Art der Bewaffnung, die Kontrolle des Einsatzes, die Rücksichtnahme auf unbeteiligte Personen und die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel. Die Polizei hat den Anspruch, immer stärkere Mittel zu besitzen als „die Bösen“. Eine internationale Polizei, die selbst „Schurkenstaaten“ bezwingen soll, könnte kaum anders ausgerüstet sein als die real existierende „Weltpolizei“ der US-Streitkräfte.



b. Sonderfälle der Argumentation mit der Polizei sind Umschreibungen wie „robuster Einsatz“ und „strenge Vernehmung“. Bei einem robusten Einsatz wird offenbar in Kauf genommen, dass dabei sonst übliche Grenzen und Regeln verletzt werden dürfen („wo gehobelt wird, da fallen Späne“). Der robuste Polizeieinsatz nähert sich dann bereits sprachlich dem Militär an und drückt auch aus, dass es sich dabei wohl gar nicht mehr um eine Polizei handelt.

Ähnliches gilt für die „strenge“ Vernehmung: hier wird verschleiert, dass jeder Verdächtige nach international geltenden Menschenrechtsstandards das Recht hat zu schweigen. In Wirklichkeit ist die „strenge Vernehmung“ bereits Folter, die das Schweigen brechen soll.

c. Beliebt ist bei der Rechtfertigung militärischer Einsätze der Hinweis auf die „Verantwortung“ (neuerdings „Responsibility to protect“). Die Wahrnehmung von Verantwortung bei der Verfolgung guter Ziele rechtfertigt aber noch nicht jedes Mittel: um Geld für die Hungernden in der Welt zu besorgen, darf ich nicht die nächste Bank überfallen, den Finanzminister als Geisel nehmen, mit der Sprengung der Hauptverwaltung der Deutschen Bank drohen...

Verantwortung zeige ich zunächst damit, dass ich Unrecht unterlasse (z.B. den Rüstungsexport), im Verhältnis zu anderen Menschen gleiche Lebenschancen anstrebe (fairer Handel nicht nur bei Kaffee und Bananen), Flüchtlinge aufnehme und für Schäden einstehen, die durch eigenes falsches Verhalten entstanden sind (Ersatz für Kriegsschäden durch eigenes Militär).

d. Unter dem Hinweis auf die eingegangene „Verantwortung“ wird auch der selbst als notwendig erkannte Rückzug des eigenen Militärs immer wieder hinausgeschoben: „wenn wir jetzt gingen, entstünde das Chaos“. Militär und Krieg erzeugen aber gerade das Chaos, das sie als ihre eigene Rechtfertigung an die Wand malen. Dabei ist zunächst immer einmal real, was die eingesetzten Mittel jetzt anrichten; die Vermutung, was wird, beruht immer auf einer Prognose und deshalb auf Vermutungen (nicht anders als das Problem der inzwischen als Unrecht erkannten Sicherungsverwahrung von Straftätern).

e. Ein wahres Zauberwort für militärische Einsätze ist das „UN-Mandat“. Dieses Mandat kann nach der UN-Charta vom Sicherheitsrat erteilt werden, soweit keine der 5 Großmächte ein Veto einlegt. Das so erteilte Mandat hat nichts mit Recht, sondern mit politischem Machtkalkül zu tun. Die Ziele können im Einzelfall auch durchaus Recht sein; sie gelten

aber nicht für alle Fälle gleich und haben wegen der darin liegenden Willkür nichts mit einem „Recht“ zu tun. Hinzu kommt, dass beim Einsatz militärischer Macht das Ergebnis nichts darüber aussagt, welche Seite Recht hatte sondern nur, welche die Stärkere gewesen ist.

f. Da der ganze Sicherheitsrat nicht immer so abstimmt, wie es die eigene Seite gerne möchte, wird neuerdings häufiger die Verantwortung der „Internationalen Gemeinschaft“ beschworen. Genau genommen handelt es sich dabei um die interventionsfähigen Mächte, letztlich real um die USA mit einem wechselnden Kreis williger, unterstützungsbereiter Staaten.

### 5. Feindbilder und was wir dagegen tun können

Das Problem: wer hat schon persönlichen Kontakt zu Ghaddafi & Co.! Wenn wir Schlechtes über einen Menschen hören, den wir kennen, steht uns der Griff zum Telefonhörer oder zum beiläufigen Gespräch bei nächster Gelegenheit offen. Bei den meisten Menschen, die auf politischer Ebene zu Feinden erklärt werden, ist dies aber meist nicht möglich.

Ein paar Überlegungen oder Rückfragen helfen, die Gespenster zu vertreiben oder den Scheinriesen auf ein menschliches Maß zu

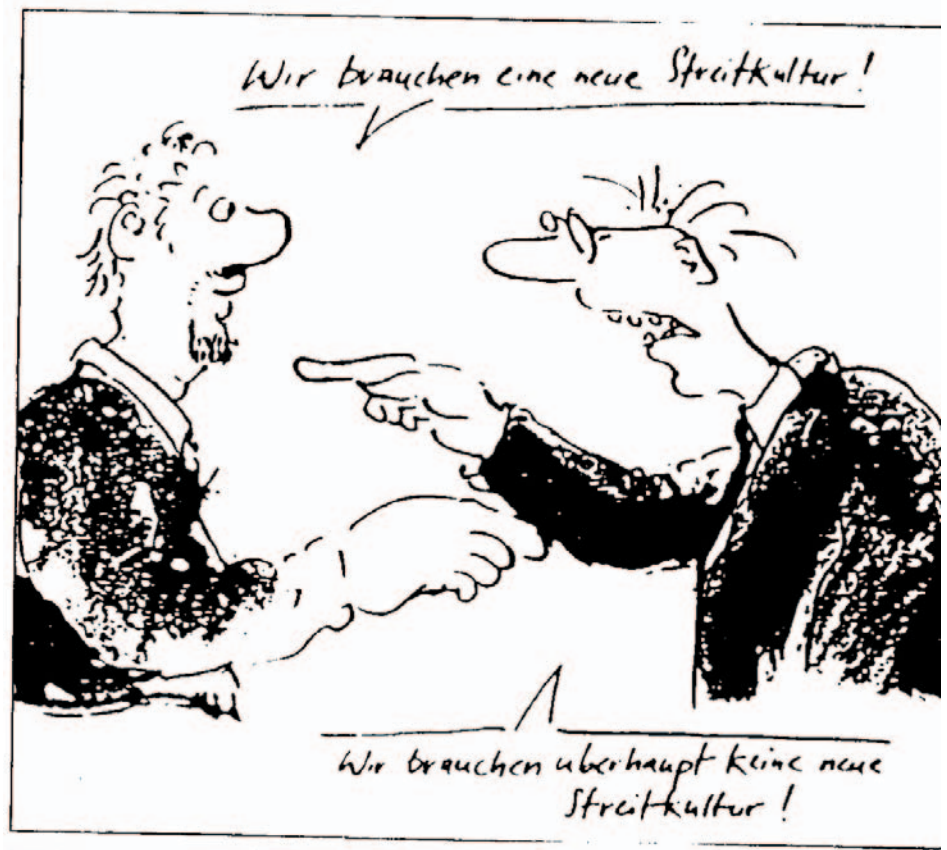
verkleinern:

a. Vorsicht bei Verallgemeinerung von tatsächlichen Einzelfällen (innergesellschaftlich z.B. Jugendgewalt; international: Bombenanschläge von Moslems).

b. Vorsicht bei unterschwelligen Übertreibungen („bei Auseinandersetzung mit Demonstranten wurden 60 Polizisten verletzt“ – welcher Art waren die Verletzungen?).

c. Je weiter die berichtete Situation entfernt ist, desto schwerer die Überprüfung einer glatten Lüge (der „Hufeisenplan“ zur Vertreibung aller Albaner aus dem Kosovo; die Tötung frühgeborener Babys in kuwaitischen Entbindungsstationen durch irakische Soldaten). Aus welcher Quelle stammen die jeweiligen Nachrichten (Geheimdienst, Verbreitung durch eine Regierung). In welchem Interesse liegt die Verbreitung der Nachricht?

d. Hilfreich sind die Schutzmechanismen aus dem rechtsstaatlichen Strafprozess: man soll auch die andere Seite hören („rechtliches Gehör“). So lange ein Unrecht nicht bewiesen ist, gilt die Vermutung der Unschuld (so Osama bin Laden und alle anderen extra-legal getöteten „Terroristen“ durch Drohnen oder Sondereinsatzkommandos“).



# Rückfragen zum Besuch der EKD-Spitze in Afghanistan

von Andreas Hämer

*Anfang Februar 2011 hat eine Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) - darunter Präses Nikolaus Schneider (EKD-Ratsvorsitzender), der ev. Militärbischof Martin Dutzmann sowie der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahms - SoldatInnen der Bundeswehr sowie zivile Aufbauprojekte in Masar-i-Sharif (Afghanistan) besucht. Die nach der Rückkehr gegebenen öffentlichen Verlautbarungen hatten Thomas Nauerth zu der Anregung veranlasst, den dreien einige heiße Fragen im Hinblick auf den Zweck ihrer ‚Mission‘ zu stellen - u.a. die, welche Rolle in diesem Zusammenhang die Verkündigung der Feindesliebe gespielt habe. Andreas Hämer hat diese Anregung - möglicherweise als einziger? - für bare Münze genommen und den dreien geschrieben.*

Schwierigkeiten ergaben sich bereits im Vorfeld. Als Noch-Pfarrer der Ev.Kirche im Rheinland (Altersteildienst, 2.Phase) habe ich gemeint, den Dienstweg einhalten zu sollen, d.h. meine drei Schreiben über den Superintendenten des Kirchenkreises Saar West auf den Weg gebracht. Dieser schickte mir sie jedoch mit der Bemerkung zurück, es handle sich um ein privates Anliegen, darum sehe er sich nicht dazu imstande, die Briefe weiterzuleiten. Also habe ich die jeweiligen Adressen übers Internet recherchiert und sie dann privat abgeschickt. Die Antworten ließen sehr lange - z.T. zwei Monate, z.T. sogar drei - auf sich warten und wurden mir auf dem Dienstweg zugestellt; d.h. von den Adressaten wurde die Sache für nicht ganz so privat gehalten.

Meine Texte sowie die Antworten habe ich auf die Jahrestagung in Duderstadt mitgebracht und dort von einigen Referenten immerhin die Rückmeldung bekommen, sie seien klar und deutlich formuliert - was mich dann veranlasst hat, den persönlichen Referenten des Präses bzw. des Militärbischofs, die die Antwortschreiben verfasst hatten, noch einmal persönlich zu antworten - was dort hinwiederum nicht die größte Begeisterung ausgelöst hat. U.a. habe ich den Referenten des Präses gefragt, ob ich sein Schreiben zusammen mit dem meinigen in der „Versöhnung“ veröffentlichen dürfte. Dies wurde mir untersagt, da die Korrespondenz ja auf dem Dienstweg erfolgt sei. Also beschränke ich mich im folgenden darauf, die wesentlichen Punkte zu referieren.

1. Präses Schneider habe ich u.a. gefragt, wieso unter seinen Prioritäten das seelsorgerliche Anliegen an erster Stelle stehe. Bislang galt in der Kirche unbestritten die Verkündigung als oberste Priorität - was in diesem Zusammenhang ja wohl konkret heißen müsste: die Verkündigung der Feindesliebe Gottes (R.5,10; Mt.5, 44f). Von daher erst könnte alles andere seinen Rang und seine Bedeutung bekommen, meinte ich, insbesondere die entsprechenden ethischen Konsequenzen für Politik und Gesellschaft. Nicht dass die SoldatInnen der Seelsorge darum weniger bedürften - aber ohne den Zusammenhang der konkreten Verkündigung der Feindesliebe verfallen sie einer fatalen Verengung, und nur auf dem Hintergrund entsprechender Diskussionen und Klärungen könne es m.E. sinnvoll sein, Gottesdienst und Abendmahl zu feiern - im Sinne einer antizipierenden Feindesliebe.

Der persönliche Referent konnte demgegenüber nur Unverständnis signalisieren („Ihre Kritik ... erschließt sich mir nicht ...“); er könne meine Auffassung von einer Priorität der Verkündigung gegenüber der Seelsorge in dieser Allgemeinheit nicht teilen. Für kirchliches Handeln sei Seelsorge praktizierte Verkündigung; und Verkündigung, die nicht auch von der Bereitschaft zur Seelsorge begleitet wird, gehe ins Leere - wie wahr! Eine Antwort auf meine Frage blieb er mir damit jedoch schuldig. Im Weiteren ging er sogar so weit, mir eine Reduzierung des Verkündigungsauftrags auf das Gebot der Feindesliebe zu unterstellen.



„Feindes- und Nächstenliebe ergänzen sich“, schrieb er. „Sie geraten in Konflikt, wo es gilt, einem Angegriffenen gegen einen Aggressor zu helfen. Für die Lösung dieses Konflikts gibt das biblische Zeugnis keine eindeutige Handlungsanleitung her. Aufgerufen ist das am Zeugnis orientierte Gewissen des einzelnen - das gilt für Soldaten, für Politiker, aber auch für Pfarrer“.

In meinen Augen sind das theologische Allerweltsweisheiten, mit denen man im Examen einen gewissen Eindruck schinden kann, die aber letztlich wenig zur Klärung der angesprochenen Konflikte beitragen. Konkret habe ich festgestellt, dass nach Lk.10,25ff (barmherziger Samariter) Feindesliebe keine Ergänzung, sondern die Nagelprobe auf die Nächstenliebe ist - unabhängig davon, wer der Aggressor ist. Wobei diese Frage in Afghanistan wohl nicht so schwer zu beantworten ist: Welchem Angegriffenen hätten deutsche Soldaten in Afghanistan gegen welchen Aggressor zu helfen?

Ob für die Lösung eines entsprechenden Konflikts das biblische Zeugnis wirklich keine ein-



deutige Handlungsanleitung hergibt, bezweifle ich. Gandhi lässt grüßen: auf der ganzen Welt sind die Christen die einzigen, die die Lehre Christi nicht ernstnehmen ...

Von offizieller kirchlicher Theologie wird - so auch hier - in diesem Zusammenhang gern dekretiert, dass das am Zeugnis orientierte Gewissen des einzelnen aufgerufen sei. Genau dies halte ich für außerordentlich problematisch, weil es damit letztlich der subjektiven Beliebigkeit anheimgestellt wird. Die Fragen der Nachfolge Jesu gehören vielmehr in den Diskurs in der Gemeinde und nicht nur in die Gewissen der einzelnen. Laufen die wiedergegebenen Ausführungen letztlich nicht auf eine Legitimationstheologie hinaus? Längst geht es doch nicht mehr darum, was einzelne nach ihrem Gewissen tun, sondern was unsere Regierung in vermeintlicher Bündnistreue gegenüber der NATO bzw. den USA tun zu müssen meint.

Ein weiterer Punkt war die Feststellung des Präses: „Ein guter Pastor besucht seine Gemeindeglieder“. Mir kam das wie eine Platitüde vor, und ich habe dem Präses geschrieben: „Die richtige Konsequenz aus diesem grundsätzlich richtigen Satz müsste ja darin bestehen, dass Sie allen PfarrerInnen, deren Gemeindeglieder in Afghanistan eingesetzt werden, Besuchsmöglichkeiten vonseiten der Landeskirche finanzieren. Doch Sie haben diese Reise nicht als Pastor der SoldatInnen, son-

dern als Repräsentant der EKD unternommen - und machen so mit Ihrem Besuch auch eine deutlich einseitige politische Aussage. Im Sinne Ihrer Sätze müsste ich Sie fragen, ob Sie als guter Pastor, der seine Gemeindeglieder besucht, nicht auch den TeilnehmerInnen an den Ostermärschen oder an den Anti-Atomdemonstrationen (um nun einige Beispiele zu nennen) Ihren Besuch abstatten könnten - und zwar ebenso öffentlichkeitswirksam.

Auch an dieser Stelle nur Unverständnis des persönlichen Referenten: Warum soll ein Ratsvorsitzender der EKD nicht - in Wahrnehmung pastoraler Aufgaben - deutsche Soldaten in Afghanistan besuchen? Da fragt sich dann letztlich, ob er's überhaupt verstehen kann. In dem südafrikanischen Kairos-Papier von 1985 werden drei Kategorien von Theologie festgestellt: eine ‚Staatstheologie‘, die vollständig staatskonform ist; eine ‚Kirchentheologie‘ mit einer gewissen neutralen Mittelstellung, die den Ausgleich sucht und auf diese Weise die vorhandenen Privilegien zu wahren versucht; eine ‚Prophetische Theologie‘, die Bekenntnis und Parteinahme wagt, entsprechende Konsequenzen in Kauf zu nehmen bereit ist ... Die zweite scheint hierzulande hoch im Kurs zu stehen.

2. Der persönliche Referent des Militärbischofs hat demgegenüber zwar sehr viel freundlicher reagiert, scheint aber auch - wen wundert's? - völlig dem bestehenden System

verhaftet zu sein. „Der Militärbischof selber hat verschiedentlich darauf hingewiesen, dass das Bekenntnis von Amsterdam 1948 ‚Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein‘ unbedingt zu gelten habe“. Er legte seinem Schreiben einen entsprechenden Vortrag von Militärbischof Dr. Dutzmann bei, der - ganz im Gegenteil - die durchaus nur bedingte Gültigkeit jenes Satzes begründet. In seinem Schreiben fasst er dies mit den Worten zusammen: „Zum einen muss die Ev. Kirche in Deutschland, wie sie das in der Friedensdenkschrift von 2007 tut, eindeutig Stellung beziehen. Andererseits gilt es, sich der Verantwortung gegenüber den Leidtragenden in einer noch nicht gelösten Welt zu stellen, die sich zudem globalisiert. Darüber hinaus ist es dem Militärbischof aus seelsorglichen Gründen ein Anliegen, dass Soldatinnen und Soldaten, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland in Krisengebiete geschickt werden, eine Antwort auf die Frage erhalten, für welche Zwecke und Ziele die Bundesrepublik bereit ist, Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Diese Frage ist bisher nicht hinreichend beantwortet worden. Verantwortung vor Gott und den Menschen bedeutet letztlich, sich auch der Herausforderung der noch nicht gelösten Welt zu stellen und bereit zu sein, schuldbeladenes Handeln auf sich zu nehmen, wenn dadurch größerer Schaden verhindert werden kann“.

Deutlicher geht's kaum. Freilich leben wir „in einer noch nicht gelösten Welt“. Aber ist diese unerlöste Welt denn berechtigt, uns ihre Maßstäbe aufzuzwingen? Nehmen wir als Christen unsere Maßstäbe nicht vielmehr aus der Perspektive einer Hoffnung auf Veränderung, auf das Reich Gottes? Dass dies möglich ist, zeigt der Weg Jesu und unzählige Ansätze einer Nachfolgepraxis, die nicht dadurch wiederlegt sind, dass sie scheitern können. Jochen Vollmer, der in Duderstadt die AG „Kirche und Krieg“ geleitet hat, schrieb mir dazu: „Dass unseren Repräsentanten nichts anderes einfällt als auf die noch nicht gelöste Welt zu verweisen, ist leider allzu bekannt. Dass wir uns nicht rückwärtsgewandt an der noch nicht gelösten Welt auszurichten haben, sondern dem schon angebrochenen Reich Gottes entgegenleben, wird leider verdrängt.“

3. Nicht geantwortet hat mir der EKD-Friedensbeauftragte R. Brahms. Ich traf ihn am 18.2.2011 auf der VENRO-Tagung in Hannover (vgl. Bericht in „Versöhnung 1/2011“) und habe ihm einen Brief angekündigt. Als ich mein Anliegen kurz zusammenfasste in der Frage, wie es mit der Verkündigung der Feindesliebe in Afghanistan gewesen sei, reagierte er mit einem kurzen hilflosen Lachen und einer entsprechenden Geste. Immerhin - er sei gespannt auf meinen Brief. Doch die Antwort darauf ist er mir bis heute schuldig geblieben.



# Freude über den Tod eines „Feindes“?

Ein Briefwechsel zwischen Matthias Engelke und Volker Kauder

Lobberich, den 9. Mai 2011

Sehr geehrter Herr Kauder,

mit großem Erstaunen vernehme ich Ihre Einlassung zur Äußerung von Bundeskanzlerin Merkel zum Tod von Osama bin Laden. Der Deutschlandfunk meldete:

Unions-Fraktionschef Kauder hingegen verteidigte die CDU-Politikerin im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Für Christen gebe es das Böse in der Welt, zu dem auch Bin Laden gehört habe. Daher dürfe man sich als Christ auch freuen, wenn es weniger Böses

gebe.- Frau Merkel hatte erklärt, sie freue sich darüber, dass es gelungen sei, Bin Laden zu töten.

Stimmen diese Worte tatsächlich mit dem überein, was für Sie christlicher Glaube ist?

Falls das der Fall ist, möchte ich dringend darauf hinweisen, dass uns Christen geboten ist, das Böse zu überwinden und uns nicht vom Bösen überwinden zu lassen. Als Weg, das Böse zu überwinden, ist uns von Paulus das Gute gewiesen, Röm 12,21. Das Kreuz Christi zeigt an, wie solch ein Weg der Nachfolge aussehen kann. Die Tötung von Bösen

ist gewiss nicht der Weg, den Jesus beschritten hat. Und ich kann mir auch keinen Weg vorstellen, der die Bezeichnung „christlich“ verdient, der sich darüber freut, dass es nun weniger Böse gebe, weil ein Mensch, den man als „böse“ kennzeichnet umgebracht worden ist.

Ich muss gestehen, ich bin ziemlich fassunglos und wünsche mir eine Aufklärung, wie Sie die oben genannten Worte tatsächlich gemeint haben.

Mit den besten Grüßen  
M.E.

Berlin, 24.5.2011

Sehr geehrter Herr Pfarrer,

schon seit einiger Zeit stelle ich in den christlichen Kirchen eine Bewegung fest, die das Neue Testament und die Aufforderungen von Jesus Christus nur noch in einer für die Menschen freundlichen Form darstellen will. Christus spricht ganz eindeutig davon, dass es die Sünde gibt und dass jeder einzelne - nicht der Staat oder eine Gemeinschaft - umkehren und Buße tun soll.

Christus erläutert auch seine Erfahrung in

der Wüste, wo er vom Bösen in Versuchung geführt wurde. Immer wieder ist im Neuen Testament von der Abkehr vom Bösen und von der Umkehr hin zum Guten die Rede. Und in vielen Gleichnissen macht Jesus Christus auch deutlich, dass zwar viele gerufen, aber nur wenige auserwählt sind. Auch wenn ich glaube, dass jeder Mensch eines Tages erlöst wird, so bin ich auch sicher, dass es den Bösen und das Böse gibt. Gott freut sich über jeden, der dem Bösen abschwört und Gutes tut. Deshalb darf ich mich als Christ darüber freuen, wenn es immer weniger Böses auf der Welt gibt.

Bin Laden war ein böser Mensch so, wie Ghadafi ein böser Mensch ist und ich freue mich, dass ein Mann wie Bin Laden nicht mehr Attentate mit Tausenden von Opfern organisieren kann.

Mit freundlichen Grüßen  
V.K.

Osterfeld, den 25. Juni 2011

Sehr geehrter Herr Kauder,

schon seit einiger Zeit beobachte ich, dass die Partei, die sich christlich nennt, nicht christlich ist. In der Tat, Jesus ruft zur Umkehr und Buße auf, ja Einzelne, egal ob sie Staatsämter tragen oder nicht, also auch Sie und mich.

Die Versuchungen, der Jesus ausgesetzt war, so wie die Evangelisten sie schildern, beinhalten u.a. die Versuchung der Herrschaft (Matthäus 4,8), wie sie jeder Staat darstellt. Dieser Versuchung widersteht Jesus. Gott hasst das

Böse und liebt den Sünder. Die Trennung von Gut und Böse verläuft nicht zwischen Bin Laden oder Herrn Gaddafi und Ihnen oder mir, sondern geht mitten durch uns hindurch. Gott hat sich der Methode, die Bosheit dadurch zu beseitigen, indem die Bösen vertilgt werden, schon mindestens seit der Sintflut entledigt und sich eindeutig auf die Seite des Lebens geschlagen. Durch Jesus und seinen Tod am Kreuz wurde die Feindesliebe untrennbar von Gottes- und Nächstenliebe. Wer die Feindesliebe leugnet, liebt weder Gott noch seinen Nächsten noch sich selbst und macht aus dem Kreuz Jesu ein folkloristisches Symbol oder noch schlimmer eine Ideologie.

Die Aufteilung der Welt in eindeutig Böse und andere – etwa Gute? – ist im Übrigen manichäistisch und von der Christenheit verurteilt worden.

Es verbleibt mit freundlichen Grüßen  
M.E.

P.S.: Was veranlasst Sie als amtierender Politiker eines demokratischen Staates, darüber zu befinden, welcher Mensch böse sei und umgebracht werden darf? Wie verstehen Sie die Gewaltenteilung? Stehen Sie auf dem Boden der Verfassung? Gilt nicht Art.1, Abs. 1 GG?





Palästinensischer Protest bei der wöchentlichen Demonstration in Bil'in. Foto: Hamde Abu Rahma

## Zur BDS-Diskussion

Spätestens seit der Mitgliederversammlung 2010 in Bonn ist deutlich geworden, dass im VB durchaus Einigkeit darüber besteht, dass Gewalt und Unrecht gegenüber der palästinensischen Bevölkerung auf keinen Fall gerechtfertigt werden können, dass die Menschenrechte unteilbar sind und dass die PalästinenserInnen dasselbe Existenzrecht wie die Israelis haben.

Die Kairos-Erklärung von 2009 hat uns dies noch einmal in aller Dringlichkeit vor Augen geführt. Keine Einigkeit besteht jedoch über den richtigen Weg, dem Unrecht und den kriegsgerichtlichen Auseinandersetzungen in Israel-Palästina zu begegnen. Konkret: ob BDS (Boykott-Desinvestition-Sanktionen - im Kairos-Papier uneingeschränkt gefordert!) ein angemessenes

Mittel ist. Mehrfach haben Mitglieder des VB darauf verwiesen, dass im Rundbrief nur die eine Seite zu Gehör kommt. Dies lag nicht in der Absicht der Redaktion. Wir können nur die Artikel abdrucken, die bei uns eingehen. Umso erfreuter sind wir jedoch, dass sich nunmehr verschiedene Stimmen zu Wort gemeldet haben.

## Ein Leserbrief

von Albrecht Gaffga

Nachdem ich jetzt die Seite 16 der Versöhnung Nr.2/2011 gelesen habe, hoffe ich auf die künftigen Dialogartikel zum Israel-Palästina-Konflikt.

Dabei interessiert mich vor allem die Minderheits- bzw. Vetomeinung! – Die Mehrheitsmeinung der VB-ler (und die Nahostkommission) war über die Jahre ständig im Rundbrief präsent, so auch wieder in der aktuellen Ausgabe.

Wie Martin Firgau vermisse ich die inhaltliche Diskussion. Dabei wünsche ich mir einen weiten Blickwinkel – es geht um:

- die Zweckmäßigkeit von Boykott- und Sanktionsmaßnahmen
- wird Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichgesetzt?
- wie wird die israelische Politik bewertet?
- begegnet Israel den Palästinensern auf Augenhöhe?
- sind Mauerbau, Wasserraub und fortgesetzte Landnahme (Siedlungsbau in besetzten Gebieten) nicht Beleg genug, daß eine Friedensregelung und ein Interessenausgleich von Israel gar nicht angestrebt werden?

- handelt es sich um einen Konflikt zwischen gleich starken Parteien oder hat eine Partei seit Jahrzehnten die schlechteren Karten?
- werden Nichtjuden in Israel diskriminiert?
- können die Verbrechen unserer Vorfahren für uns Anlaß sein, zu Unrecht zu schweigen, es stillschweigend zu dulden? Wenn ja, nach wieviel Generationen dürfen wir wieder ehrlich sein?
- ...
- was gibt den Ausschlag, ein Veto einzulegen und sich nicht einfach überstimmen zu lassen?

# Gedanken im Nachgang zur Mitgliederversammlung in Duderstadt

von Matthias Engelke

Die Mitgliederversammlung in Duderstadt hatte zuletzt einige Verletzungen hinterlassen. Vor allem das Stimmungsbild, wie eine Abstimmung über den Antrag der Nah-Ost-Kommission zum Boykott von israelischen Waren aus den von Israel besetzten Gebieten ausfallen würde, überraschte nicht wenige, vielleicht nicht zuletzt auch die Ankündigung von mir, im Falle einer Abstimmung mit Veto zu stimmen.

Noch im unmittelbaren Anschluss zur Mitgliederversammlung sprachen sich Clemens und ich über einige Punkte aus. Mir lag sehr daran, die inhaltliche Aussprache nicht schriftlich, sondern im Gespräch miteinander zu führen. Die nächste Möglichkeit dazu bot sich erst im Zusammenhang mit der Vorstandssitzung am Wochenende, den 22.-24. Juli, die in Freising stattfand. In der Zwischenzeit hatte es auch schon viele Gespräche, manches Telefonat und das eine oder andere Schreiben gegeben. Gabi Bieberstein nahm ihren Rücktritt vom Vorstand wieder zurück, wofür ich sehr dankbar bin.

Vor Beginn der Vorstandssitzung waren am Freitag, den 22. Juli an einem Tisch zusammengekommen Gabi Bieberstein, Holger Klee,

Maria Elisabeth Scharinger, Clemens Ronnefeldt, Davorka Lovrekovic, Ullrich Hahn und Matthias Engelke.

Das Gespräch eröffnete ich damit, dass ich erklärte, wie und warum ich zu meiner Haltung gekommen bin. Ich bat um Verständnis dafür, dass ein lang anhaltendes, inneres Schwanken für mich in dieser Frage sich erst nach einem Gespräch noch in der Nacht vor der Mitgliederversammlung legte. Damit hat zu tun, dass mir dann auch erst am Vormittag klar wurde, dass dies konsequenterweise ein Veto zur Folge habe, sollte es zur Abstimmung kommen. Über diesen inneren Klärungsprozess, den ich mit niemanden besprach, versäumte ich es leider, wenigstens die Antragsteller darüber zu informieren, etwas wofür ich um Entschuldigung bat. Clemens gab in Freising zu bedenken, dass die Nah-Ost-Kommission damit noch nicht einmal die Möglichkeit gehabt habe, den Antrag zurück zu nehmen, wofür er, wie er sagte, sich eingesetzt hätte, wenn er das gewusst hätte.

Mein Hauptgrund für die Ablehnung des Boykotts, so erläuterte ich, ist, dass ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sehe, wie wir es verhindern können, durch einen Aufruf



zum Boykott – auch in diesem beantragten und eingeschränkten Rahmen – dem latenten Antisemitismus in die Hände zu arbeiten. Das unterscheidet diese Auseinandersetzung m. E. wesentlich von der um den Boykott von Waren aus Südafrika. Wer damals gegen den Boykott argumentierte, sah sich früher oder später mit der Frage konfrontiert, wie sehr Rassismus hierbei eine Rolle spiele. Beim Boykott von Waren aus den besetzten Gebieten ist es umgekehrt: Wir ziehen uns den Vorwurf zu, Antisemiten zu sein. Nach meiner Meinung haben wir die Aufgabe noch nicht gelöst, wie es möglich ist, klar zu machen, dass wir mit einem Boykott oder einer ähnlicher Aktion gerade einen Beitrag zum Kampf gegen den Antisemitismus leisten, auch zum Wohl der Menschen in Israel und aller mit Israel verbundenen Menschen. Außerdem führte ich an, dass wir es uns mit einem Boykottaufruf etwas zu leicht machen würden, wenn wir nicht



Gewaltfreier Widerstand gegen die Besetzung in Bil'in. Foto: Hamde Abu Rahma

zuvor andere Mittel und Wege beschritten hätten. Das Anliegen des Boykotts sehe ich viel mehr – und ohne uns der Verdächtigung auszusetzen, Antisemiten zu sein – verwirklicht, wenn wir uns als Versöhnungsbund direkt an israelische Firmen wendeten, die in den besetzten Gebieten produzieren und sie aufforderten, das Völkerrecht und die Menschenrechte einzuhalten und die unrechtmäßige Produktion dort zu unterlassen. So könnte ich mir auch vorstellen, sich der Forderung anzuschließen, die bereits der Europäische Gerichtshof erhoben hat: Die israelischen Waren aus den besetzten Gebieten zu kennzeichnen.

Es wurde eingewandt, dass die Palästinenser auf einen jahrzehntelangen Kampf zurücksehen und in all ihren verschiedenen Schritten nicht nur ergebnislos waren, sondern sich ihre Lage noch verschlimmerte. Auch sei es ja nicht notwendig, um sich einem Boykottaufruf anzuschließen, dass man die Schritte, die ihm vorausgehen können, alle selber nachvollzogen habe.

Das Gespräch war von dem gemeinsamen Anliegen getragen, zu Unrecht und Gewalt nicht zu schweigen und der Bitte der Christen im Kairos-Palästina-Papier zu entsprechen, Solidarität mit ihnen zu üben. Das Eintreten gegen Unrecht – wie der Versöhnungsbund es in seinem Titel in der Unterzeile trägt, „Seit 1914 gewaltfrei gegen Unrecht“ – beinhaltet auch, Verleumdung in Kauf zu nehmen. Margit Kliesch hatte für das Gespräch eine schriftliche Stellungnahme vorbereitet. Margit und Davorka möchten das Schwergewicht nicht auf das legen, was wir gemeinsam nicht tun, sondern auf das, was wir gemeinsam tun können, was die Situation der Menschen in Palästina und dann ja auch in Israel verbessert (s. die Liste im Anhang zum Kairos-Palästina-Dokument).

Die Verletzungen auf der zurückliegenden Mitgliederversammlung wurden offen angesprochen. So war es höchst unglücklich, dass keine Zeit da war, um wenigstens kurz die Begründung derer zu hören, die diesen Antrag vorbrachten und derer, die ihm mit Veto oder (schweren) Bedenken begegneten. Auch vermisste Davorka, so erläuterte sie im Gespräch an diesem Nachmittag, die Möglichkeit, beim Stimmungsbild ein „Nein“ zu äußern und dann – um die Versammlung nicht aufzuhalten – erklären zu können, abseits zu stehen.

Clemens informierte darüber, dass er mit allen, die auf der Mitgliederversammlung ein Veto eingelegt hatten, Kontakt aufgenommen und sie nach ihrer Begründung gefragt habe. Dabei habe sich herausgestellt, dass zwei, die ein Veto eingebracht haben, dieses inzwischen zurück genommen haben bzw. sich missverstanden fühlten.

Wie sehr durch diesen Boykottaufruf die

Nerven bei der israelischen Staatsführung blank liegen, so waren wir uns einig, zeigt der Beschluss der Knesset, der selbst den Aufruf zu Boykottmaßnahmen in Israel unter Strafe stellt. Wir waren uns einig, dass es angebracht und nötig ist, dagegen zu protestieren. Wie ist es möglich, deutlich zu machen, wie sehr die Regierung Israels den Staat Israel mit solchen und anderen Entscheidungen, wie zum Beispiel dem Gaza-Krieg und durch den vom Internationalen Gerichtshof gutachterlich festgestellten völkerrechtswidrigen Mauerbau auf palästinensischem Grund, selbst gefährdet?

Es trat zu Tage, wie groß die Enttäuschung ist, sich mit soviel Energie in dieser Frage eingebracht zu haben und dann auf diesen Widerstand zu stoßen. Dem Eindruck, dass sich die Nah-Ost-Kommission allein mit der Boykottfrage beschäftigen würde, wurde z. B. mit dem Hinweis auf Arbeit um die Anerkennungsfrage eines Staates Palästina oder die Übersetzung und Herausgabe des Buches von Jeff Halper, Israelisches Komitee gegen Häuserzerstörungen, widersprochen. Auch die Einschätzung, dass der Verband nicht hinter der Boykottforderung stünde, wurde in Frage gestellt. Auf der Mitgliederversammlung war der kleinste Teil der Mitglieder versammelt und schließlich war eine deutliche Mehrheit für einen Boykott, nur dass nicht der Versöhnungsbund zu einem Boykott aufruft.

Die Diskussion über einen Boykott würde in Deutschland auch anders aussehen, so ein weiterer Gesprächsfaden, wenn diese Form des bürgerlichen Einsatzes für Gerechtigkeit

(Zivilcourage) in Deutschland besser verankert wäre und auf solch eine lange Tradition zurückblicken könnte, wie es das in den USA ist. Würden die anderen europäischen Zweige solch einen Boykottaufruf unterstützen und dort die Diskussion darüber führen können, würde auch dies die Situation für uns in Deutschland gewiss nicht unbeeinflusst lassen. Ich wies dennoch darauf hin, dass in Deutschland die Bekämpfung des Antisemitismus vor einem anderen Hintergrund stattfindet als in allen anderen europäischen Ländern. Ein bitterböses Wort zur Judenvernichtung im sogenannten Dritten Reich führt dies vor Augen: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz niemals verzeihen“ (Zvi Rex, israelischer Psychoanalytiker). In dem Werk von Leon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Worms 1977-1988, weist er auf die furchtbare Tatsache hin, dass im Mittelalter die Verleumdungen der Juden bezüglich Brunnenvergiftung und Ritualmord erst auftauchten, nachdem massenhaft Juden ermordet worden waren; offenbar aus dem inneren Zwang heraus, diese Untaten irgendwie rechtfertigen zu müssen. Wenn dies stimmt, nehme ich an, sind wir in Deutschland gegenwärtig noch lange nicht vor etwas Ähnlichem gefeit. Selbst in einem Gespräch am Frühstückstisch in Duderstadt wurde ich mit der bestürzenden Frage konfrontiert, ob es denn nicht an den Juden selber läge, wenn sie immer wieder verfolgt würden.

Wie es gelingen könne, zum Boykott aufzurufen und damit zugleich den Antisemitismus zu bekämpfen, diese Frage blieb als Herausforderung offen.



Gewaltfreier Widerstand gegen die Besetzung in Bil'in. Foto: Edo Medicks

# Boycott-Desinvestition-Sanktionen (BDS) gegen Menschenrechtsverletzungen Israels – eine Kampagne für den VB?

von Helmut Brinkmann-Kliesch

Seit der Mitgliederversammlung 2010 diskutieren wir im Versöhnungsbund, unter anderem auf Grundlage der Kairos-Erklärung palästinensischer Christinnen und Christen, über den richtigen Weg, dem Unrecht und den kriegerischen Auseinandersetzungen in Israel und Palästina zu begegnen.

In diesem Beitrag möchte ich meine Gedanken gegen die deutsche Kampagne Boycott-Desinvestition-Sanktionen (BDS) gegen Israels Politik darlegen. Damit nehme ich eine Gegenposition zur Nahost-Kommission im VB ein. Eingangs möchte ich zunächst jedoch die Gemeinsamkeiten betonen, die wohl nahezu alle VB-Mitglieder teilen:

1. Die israelische Regierung verstößt gravierend gegen internationales Recht mit ihrer Politik gegenüber den PalästinenserInnen.

2. Die Besetzung und Blockade der palästinensischen Gebiete (Grenzen von 1967) müssen beendet werden.

3. Die Unterstützung gewaltfreier Widerstandsaktionen in Israel/Palästina ist notwendig.

4. Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen müssen Beschlüsse fassen, welche die Anerkennung Palästinas feststellen und durchsetzen. Dies ist vielleicht, was die Generalversammlung betrifft, mittlerweile geschehen. Ein tatsächlicher Frieden steht jedoch aus, ebenso der schwierige Weg der Versöhnung zwischen Israel und PalästinenserInnen.

Soweit die Gemeinsamkeiten.

Die BDS-Kampagne, in Deutschland und international, sieht nun in einem generellen Boycott israelischer Waren, Kultur und Wissenschaft, in einem Abzug von Investitionen und in Sanktionen gegen Israel die ultima ratio, um die israelische Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte und zum Frieden zu bewegen. In unserem Land fällt die Zustimmung zu dieser Position und das Engagement für deren Ziele bislang eher gering aus. BDS-Gruppen gibt es lediglich in wenigen Großstädten wie Berlin, Bonn, Hamburg, Heidelberg, Stuttgart und München. Als grundlegendes Dokument der Kampagne ist im Zambon Verlag 2011 das Buch von Diana Carminati und Alfredo Tradardi „BDS – Gewaltloser Kampf gegen die Israel-Apartheid“ erschienen. In diesem, das auch einen begrüßenden Vortext des

Koordinationskreis Palästina Israel (KOPI) enthält, werden Gründe für diese Position genannt. Carminati/Tradardi zitieren so den kanadisch-jüdischen Philosophen Michael Neumann: „Unsere Mittäterschaft ist verwerflich. Ich glaube nicht, dass das jüdische Volk, in dessen Namen Ihr (israelische Regierung, d.A.) so viele Verbrechen mit einer dermaßen schändlichen Genugtuung begangen habt, sich jemals von der Schande befreien kann, die Ihr über uns bringt. Die Nazi-Propaganda hat trotz aller Verleumdungen die Juden nie entehrt oder korrumpiert; Euch ist es gelungen.“ ([://zambon.net/de/titelinformationen.php?idCod=75](http://zambon.net/de/titelinformationen.php?idCod=75), dann den Link: Die BDS Kampagne), auch durch Ungenauigkeiten in der Übersetzung bedingt, zu lesen, irritiert mich. Der Verlag hat es nicht für nötig befunden, es angesichts dessen, dass die europäischen Juden nicht nur von der faschistischen Propaganda in unerträglicher Weise entehrt wurden, zu korrigieren. Es geht hier nicht um den Vorwurf des Antisemitismus, aber um ein unerträgliches Verzerren der historischen und aktuellen Realitäten, wie emotional/rational auch immer begründet.

Ich halte es zudem für bemerkenswert, dass dieses Buch in einem Verlag veröffentlicht wurde, der aktuell eine positive Biographie zu Stalin und ein anerkennendes Buch zur chinesischen Kulturrevolution anbietet. In einem solchen, sich selbst diskreditierenden Verlag, sollten PazifistInnen m. E. nicht publizieren.

Dass die deutsche BDS-Kampagne nicht unbedingt dem Prinzip der Gewaltfreiheit anhängt, verdeutlicht ein Referat von Martin Forberg, der als Mitglied der Berliner BDS-Gruppe auf der 8. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden am 22.01.2011 ein Input-Referat zum workshop „Innengesellschaftliche Entwicklung in Palästina“ hielt. Michael Forberg erläutert darin die BDS-Kampagne und führt zum Widerstand in Palästina aus: „Aber der Begriff sozialer, grassroots-Widerstand ist vielleicht besser (als gewaltloser, d. A.), damit nicht dabei rauskommt, dass wir von den Palästinensern und Palästinensern verlangen, dass sie ordentlich gewaltfrei sind, und dann sind wir auch so nett, sie zu unterstützen, während z.B. die stärkste Militärmacht in der Region, Israel, an die nicht dieses Kriterium gelegt wird“ (<http://bds-kampagne.de/die-bds-kampagne-in-deutschland/videovortrag/martin-forberg/>). Vielleicht vertritt Martin Forberg eine Einzelmeinung, den Prinzipien des VB läuft sie zumindest zuwider.



Unabhängig von diesen Detailkritiken finde ich, dass wir in unserem Land zu keinem Boycott, erst recht nicht zu einem vollständigen Boycott Israels aufrufen können. Ich kann es gut verstehen, wenn die Globalisierungskritikerin Naomi Klein in Toronto auf einer Demonstration zu BDS aufruft oder wenn die US-amerikanische Schriftstellerin Alice Walker an der Gaza Freedom Flotille teilnimmt. Wir sind mit dem Deutschen Zweig des VB jedoch deutscher Teil der Welt(risiko)gesellschaft. Damit ist und bleibt auch die deutsche Geschichte Teil unserer Geschichte. Gregor Gysi sagte, dass man so was, also einen Boycott Israels, in Deutschland angesichts der deutschen Geschichte einfach nicht machen könne. Hier kann ich ihm nur zustimmen. Dabei kann die Vernichtung der europäischen Juden, die von deutschem Boden ausging, kein Grund sein, die israelische Politik nicht zu kritisieren. Allerdings ist die Politik Nazideutschlands für mich weiterhin ein Grund, Israel nicht, schon gar nicht vollständig zu boykottieren. Für vorrangig halte ich es für uns, z. B. deutsche Rüstungsexporte nach Israel und in die Region zu verhindern und unsere PolitikerInnen entsprechend unter Druck zu setzen. Auch sollten wir unsere Regierung zu einer Unterstützung der Bemühungen der Palästinensischen Autonomiebehörde um Anerkennung durch die UN-Vollversammlung und durch den UN-Sicherheitsrat bewegen.

Im VB sollten wir unsere Kreativität und Kooperationsfähigkeit dafür nutzen, uns auf Aktionsformen zu verständigen, die konsensfähig sind. Immer wiederkehrende Diskussionen zu diesem Thema, die m. E. nicht weiterführen, schädigen die daran Beteiligten und die Handlungsfähigkeit des VB.



Palästinensischer Protest bei der wöchentlichen Demonstration in Bil'in. Foto: Edo Medicks

## Die VB-Nahost-Kommission zu ihren Anträgen auf den letzten Mitgliederversammlungen

von Gabi Bieberstein, Juliane Bieberstein, Holger Klee, Reinhilde Müller-Prasuhn, Thomas Nauerth, Clemens Ronnefeldt, Anka Schneider, Mitglieder der VB-Nahostkommission

Auf der VB-Mitgliederversammlung im Jahre 2010 stellte die VB-Nahostkommission den Antrag, das Kairos-Dokument palästinensischer ChristInnen (s. Rundbrief-Beilage 1/2011) zu unterstützen, weil sie in diesem Dokument und dem Geist, in dem es geschrieben wurde, einen wichtigen Friedensbeitrag sieht.

Diesem Antrag stimmte eine große Mehrheit zu, acht Mitglieder hatten Bedenken, eine Person enthielt sich, drei Mitglieder legten Veto ein. Die Bedenken und Veto-Stimmen bezogen sich vor allem auf die Bitte des Dokumentes, „sich für den Rückzug von Investitionen und für Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besetzung hergestellten Güter einzusetzen“ (4.2.6.).

Auf einem VB-Klausurwochenende in Laufdorf Ende 2010 wurde intensiv um eine Konsenslösung gerungen. Wegen der Unklarheit, ob „von der Besetzung“ hergestellt nun bedeutet, dass es sich ausschließlich um inner-

halb der besetzten Gebiete hergestellte Güter handelt - oder damit alle vom Staat Israel produzierten Waren gemeint sind, modifizierte die Nahost-Kommission ihren Antrag auf der MV 2011 und präziserte folgendermaßen:

„Der Versöhnungsbund setzt sich für Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit für alle Menschen in Nahost ein. In der Existenz der israelischen Siedlungen in der Westbank und in Ostjerusalem sowie in der Gaza-Blockade sehen wir ganz wesentliche Hindernisse für einen Frieden, ebenso in der Nichtanerkennung des Existenzrechts der jeweils anderen Konfliktpartei. Die israelische Besetzung von Westbank, Ostjerusalem und Gaza widerspricht internationalem Recht. Deswegen fordert der Versöhnungsbund das Ende der Besetzung sowie die

Einhaltung der Menschenrechte. Als einen Weg zu diesem Ziel und zur Durchsetzung des Völkerrechts als gemeinsamer Grundlage beider Seiten sieht der Versöhnungsbund den Boykottaufruf von Siedlungsprodukten

und Unternehmen an, die von der Besetzung profitieren. Wir sehen darin einen gewaltfreien Protest gegen die Besetzung.“ Wegen Zeitknappheit konnte dieser Antrag nicht auf der MV diskutiert werden, bei der sofortigen Abstimmung stimmte eine breite Mehrheit für den Antrag, 8

Mitglieder hatten Bedenken, 8 enthielten sich, 5 legten Veto ein. Zwei der 5 Vetostimmen baten nachträglich um eine Protokoll-Korrektur und korrigierten ihr Votum.

Mit diesem Artikel möchte die VB-Nahostkommission dazu beitragen, Argumente wahrzunehmen, die trotz der belastenden deutschen Geschichte gegenüber dem jüdischen Volk angesichts der aktuellen Nahost-Sackgassen-Politik für eine BDS-Unterstützung sprechen. Nach 44 Jahren Besetzung und fortwährendem Unrecht sehen wir in einer Beteiligung an der weltweit seit Jahren betriebenen BDS-Kampagne einen Versuch, doppelte Standards zu beenden und Völkerrecht und Menschenrechte als gemeinsame



Die Mauer bei Bethlehem. Foto: Gabi Bieberstein

Grundlage für alle in der Region lebenden Akteure durchzusetzen. Was wir unter Boykott-, Deinvestitions- und Sanktionsmaßnahmen verstehen, möchten wir nachfolgend an konkreten Beispielen erläutern.

### 1. Boykott

Die israelische Firma Agrexco vertreibt etwa 60-70 Prozent aller landwirtschaftlichen Produkte (Datteln, Gemüse, Blumen) aus den völkerrechtlich illegalen Siedlungen im Westjordanland. Der Kaufverzicht dieser Produkte stellt für uns einen Beitrag zur Einhaltung des Völkerrechts dar und könnte mithelfen, die finanziellen Anreize für Arbeitsplätze der Siedler einzudämmen und somit unsere Kooperation mit dem Unrecht zu beenden und den weiteren Siedlungsbau zu stoppen.

Im Jahre 2011 ist Agrexco - auch als Erfolg der BDS-Kampagne - in eine finanziell so schwierige Lage geraten, dass das Unternehmen zum Verkauf ansteht. Mögliche Kaufinteressenten im Ausland wurden bereits von der BDS-Kampagne darauf hingewiesen, dass sich bei einer Übernahme des Unternehmens schwerwiegende völkerrechtliche Probleme ergeben werden.

Die US-Firma Caterpillar liefert Bulldozer nach Israel, die von der israelischen Regierung zur Zerstörung von Häusern eingesetzt werden sowie für den Bau der im Gutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag als illegal bezeichneten Mauerbaus. In Deutschland könnte durch Briefe und Gespräche mit dem Vermietungsservice von Caterpillar Bewusstsein dafür geschaffen werden, die Lieferung dieser Fahrzeuge einzustellen und bei Fortführung der Lieferungen das Unternehmen zu boykottieren.

### 2. Deinvestment

Die israelische Regierung plant eine neue Schnellbahntrasse zwischen Tel Aviv und Jerusalem. Ursprünglich sollte die Streckenführung rein auf israelischem Territorium verlaufen. Wegen des zu erwartenden Lärms protestierten einige israelische Gemeinden und die israelische Regierung verlegte die Trasse teilweise durch besetztes palästinensisches Gebiet.

Die Deutsche Bahn bewarb sich um den Auftrag und wollte den Bau durchführen. Durch Hinweise der BDS-Kampagne wurde der Deutschen Bahn bewusst, dass sie bei

einer Streckenführung durch das besetzte Westjordanland das Völkerrecht verletzt und an der illegalen Besetzung profitiert. Dies ist auch die Rechtsauffassung der Bundesregierung, die deutsche Unternehmen davor warnt, im Westjordanland Investitionen zu tätigen. Nach vielen Briefen der BDS-Kampagne an den Deutschen Bahnvorstand zog sich die Deutsche Bahn von dem Projekt in diesem Jahr zurück.

### 3. Sanktionen

Sanktionen setzen Staaten oder die UN gegenüber anderen Ländern als Druckmittel ein z.B. bei schweren Völkerrechtsvergehen. Ein Ansatzpunkt könnte das EU-Assoziierungsabkommen mit Israel sein, das Importe aus Israel begünstigt. Die EU hat sehr klar und deutlich gemacht, dass sich dieses Assoziierungsabkommen nicht auf Produkte aus den besetzten Gebieten bezieht und könnte Verstöße mit Sanktionen ahnden.

Da die israelische Regierung die Kennzeichnungspflicht nicht durchsetzt, welche Produkte aus Israel und welche aus den besetzten Gebieten stammen, ist es nicht einfach, einen bewussten und zielgerichteten Kaufverzicht

gegenüber Produkten aus den besetzten Gebieten zu üben. Dennoch ist von etlichen Firmen bekannt, dass sie in illegalen Siedlungen ihre Produkte herstellen, z.B. die Firma „Soda Stream“ in Maale Adumin. Da die israelische Regierung den Aufruf zu einem Warenboykott per Gesetz mit harten Strafen verfolgt, haben einige israelische Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die Boykottmaßnahmen gegen ihr Land befürworten, wie z.B. Gush Shalom, die Listen dieser Firmen auf ihren Homepages aus Sorge vor Repressionen und hohen Geldstrafen gelöscht.

Nach dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz dürfen Waffenexporte nicht in Spannungsgebiete geliefert werden. Die bevorstehende Auslieferung weiterer atomwaffenfähiger deutscher U-Boote an die israelische Regierung stellt für uns einen Bruch deutscher Gesetze dar - ebenso die wie die Lieferung von Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien. Nach den jüngsten Kriegen im Libanon 2006 und im Gazastreifen 2008/09 sehen wir Gründe genug für internationale Sanktionen bei der militärischen Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung.

Für ein geplantes sechstes U-Boot der „Dolphin-Klasse“ hat die Bundesregierung im Haushaltsentwurf 2012 ein Drittel der Kosten in Höhe von 135 Millionen Dollar für die kommenden vier Jahre als „Beitrag zur Beschaffung von Verteidigungssystemen für Israel“ aufgeführt. Wir rufen zum Protest gegen diesen Zuschuss durch deutsche SteuerzahlerInnen auf.

Fazit: Wie im Sonderdruck zum Kairos-Dokument angezeigt, engagieren sich die VB-Nahostkommission und auch andere VB-Mitglieder in sehr vielfältiger Weise, um zu einem gerechten Frieden im Nahen Osten beizutragen. Dazu zählt die Unterstützung gewaltfreier Friedens- und Menschenrechtsgruppen auf israelischer und palästinensischer Seite ebenso wie Öffentlichkeits- und Bewusstseinsarbeit in Deutschland durch die Erstellung von Arbeitsmaterialien und Vorträgen. Die Beteiligung an der weltweiten Initiative für Boykott und Desinvestment scheint uns eine sinnvolle Ergänzung dieser Arbeit zu sein. Denn Frieden und Versöhnung in diesem Jahrhundertkonflikt setzen zunächst die Beendigung des Unrechts voraus. Wir verurteilen den Einsatz von Gewalt auf beiden Konfliktseiten, sehen jedoch in der nun 44 Jahre andauernden Besatzung und Siedlungspolitik das Grundübel und Haupthindernis zu einem gerechten Frieden.

Gerade auf dem Hintergrund der deutschen Unrechtsgeschichte gegenüber dem Judentum sehen wir unsere Verantwortung, zu heutigem Unrecht im Nahostkonflikt nicht zu schweigen.

Die beiden jüdischen Professoren Moshe Zuckermann („Antisemit. Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument“, Wien 2010) und Norman G. Finkelstein („Antisemitismus als politische Waffe“, München 2006) haben darauf hingewiesen, dass das Eintreten für Gerechtigkeit in diesem Konflikt von denjenigen Kräften, die an einer Aufrechterhaltung und Fortsetzung des Unrechts interessiert sind, häufig als „Antisemitismus“ denunziert wird.

Wer sich für BDS einsetzt, hat Sorge dafür zu tragen, sich von möglichem Beifall von Rechtsradikalen und jeder Art von Antisemitismus zu distanzieren. Dass dieser Beifall ausbleibt, dazu können das eigene gewaltfreie Auftreten und das Achten auf eine aufmerksam-respektvolle Sprache erheblich beitragen, ebenso die Betonung des Existenzrechts Israels.

Als Nahost-Kommission fühlen wir uns in unserem Engagement ermutigt durch jüdische Autoren wie Avraham Burg „Hitler besiegen. Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss“, Hamburg 2009) oder Rolf Verleger („Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht“, Köln 2008) - und hoffen, mit diesem Artikel die Diskussion um den künftigen Kurs des Versöhnungsbundes in der Nahostfrage weiter vertieft zu haben.

Gleichzeitig möchten wir auch die innerverbandliche Diskussion anstoßen, konstruktivere Wege zum Umgang mit sensiblen Anträgen zu suchen, bei denen mehr Zeit um inhaltlichen Austausch auf Jahrestagungen bleibt. Zu diesem Anstoß zählt auch, wie mit Vetorecht und Mehrheitsmeinungen so umgegangen werden kann, dass nicht Frustrationen und Unbehagen zurück bleiben.



Palästinensische Kinder im Basar von Hebron. Foto: Gabi Bieberstein

## Reisen nach Palästina

Empfehlenswert sind unter anderem folgende Reisen

- zur Olivenernte vom österreichischen Versöhnungsbund ([www.versoennungsbund.at](http://www.versoennungsbund.at), [iwpseurope@gmx.net](mailto:iwpseurope@gmx.net))

- im kommenden Jahr von Pax-Christi und IPPNW; Information: Rosemarie Wechsler, [Walker123@gmx.de](mailto:Walker123@gmx.de)

Weitere Reisen sind auf unserer Website zu finden:

[www.versoennungsbund.de/nok#Reisen](http://www.versoennungsbund.de/nok#Reisen)

Gabi Bieberstein

[www.versoennungsbund.de/nok](http://www.versoennungsbund.de/nok)

Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel - Für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden (KoPI)

<http://www.kopi-online.de/>

<http://www.amnesty-bangladesch.de/>

Solidaritätsgruppe für die arabische Demokratiebewegung

# Taliban signalisieren Verhandlungsbereitschaft – und die NATO?

## Die zweite Petersberg-Konferenz über Afghanistan steht bevor

von Otmar Steinbicker

*Im Dezember 2011 wird auf dem Petersberg bei Bonn – nach 10 Jahren - die zweite Petersberg-Konferenz stattfinden. Die Leitung der Konferenz soll die afghanische Regierung übernehmen. Über 1.000 Delegierte aus 90 Staaten werden erwartet. Wird man Vertreter der Taliban darunter sehen? Wenn man den politischen Ausgleich mit der Insurgenz will, muss man mit der Insurgenz, also den Aufständischen, sprechen und wenn man eine Konferenz zur Lösung des Afghanistankonflikts einberuft, dann muss man dorthin auch die Vertreter der Insurgenz einladen, meint Otmar Steinbicker.*

Die Nachricht, die die „New York Times“ am 3. August 2011 in einem Korrespondentenbericht von Alissa J. Rubin online veröffentlichte, war an Sensationsgehalt kaum zu überbieten: „Die Taliban signalisieren Interesse an Verhandlungen“.

Nicht, dass es nicht schon vorher Interesse der Taliban an Verhandlungen gegeben hätte. Doch niemals zuvor hatten diese sich öffentlich dazu bekannt. Die öffentliche Version lautete immer: Keine Verhandlungen vor dem Abzug der internationalen Truppen. Am 28. Juli erschien dann plötzlich auf der Taliban-Website „Alemarah“ als Hinweis ein Beitrag, der eine Abkehr von dieser Haltung andeutete. Zabiullah Mujahid, der Pressesprecher der Taliban, beeilte sich daraufhin, internationalen Journalisten zu erklären: Ja, der Beitrag sei auf der Website gepostet worden, doch er sei nicht die offizielle Taliban-Position. Zugleich wiederholte Mujahid aber immer wieder die Kernaussagen dieses Beitrags. „Die öffentliche Position der Taliban hat eine Evolution erlebt“ bestätigte denn auch der UNO-Repräsentant in Afghanistan, Staffan de Mistura, gegenüber der „New York Times“.

Für Insider kam die Nachricht nicht ganz überraschend. Seit langem hatten afghanische und internationale Vermittler die Taliban gedrängt, endlich öffentlich ihre Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zu erklären, um mehr der dringend nötigen Dynamik in einen Dialogprozess zu bringen. Doch sie wussten auch: Eine solche öffentliche Erklärung war und ist für die Taliban nicht ohne Risiko. Der pakistanische Geheimdienst ISI (Inter-Services Intelligence) hatte den Taliban mehrfach unmissverständlich deutlich gemacht, dass er keine Gespräche und Verhandlungen hinter seinem Rücken dulden werde. Solange dieses

Verbot nicht überschritten wird, können die Taliban Pakistan als Rückzugsraum nutzen, ansonsten gibt es Repressalien. So wurde 2010 der Taliban-Führer Mullah Barader, der mit dem früheren UNO-Repräsentanten in Afghanistan, Kai Eide, Gespräche geführt hatte, in Pakistan inhaftiert, nachdem zuvor schon auf sein Haus ein Bombenanschlag verübt worden war.

Angesichts der jetzigen Risikobereitschaft kann die Gesprächsbereitschaft der Taliban nicht als taktisches oder Propagandamanöver abgetan werden. Es handelt sich offensichtlich um eine ernst gemeinte Absicht. Das sollte der Westen bedenken, wenn jetzt, bei wem auch immer, Gesprächsangebote der Taliban eingehen.

Auch Mullah Omar, der religiöse Führer der Taliban, sprach in seiner jährlichen Botschaft zum Ende des Ramadan von einer „klaren und unabhängigen Agenda für Friedensgespräche“, wie die afghanische Nachrichtenagentur „Pajwok“ am 29. August meldete. Die Taliban würden das afghanische Volk über Details dieser Agenda informieren.

Diese Information steht allerdings noch aus und unklar bleibt vor allem, welche Vorstellungen von einer Verhandlungslösung die Taliban in solche Gespräche einbringen wollen. Die Vorstellungen von einer Verhandlungslösung sind allerdings bei den westlichen Verhandlungspartnern bisher auch nicht präziser formuliert.

Präzise Vorstellungen legte dagegen unlängst Naqibullah Shorish, Stammesführer des größten afghanischen (Paschtunen-)Stammes und Gründungsmitglied der Nationalen Friedensjirga Afghanistans, im bisher detailliertesten Friedensvorschlag vor.

Der „Shorish-Plan“ sieht mehrere Phasen vor

1. Vertrauensbildende Maßnahmen einschließlich Waffenstillstand.

2. Eine zweite „Petersberg-Konferenz“ unter Vorsitz der UNO, die einen Zeitplan für einen Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan festlegt.

3. weitere Gespräche und Verhandlungen auf unterschiedlichen Ebenen, innerafghanisch, international und zwischen ISAF und Aufständischen.



4. Bildung einer Übergangsregierung für zwei Jahre.

5. Aufbau neuer Sicherheitsorgane aus den bisherigen nationalen Sicherheitskräften und den Widerstandskämpfern.

Shorish knüpft mit seinen Vorschlägen auch an Überlegungen an, die ISAF-Offiziere und hohe Taliban-Führer im Juli und August 2010 bei Geheimgesprächen in Kabul entwickelt hatten und als praktikabel ansahen. Diese hoffnungsvollen Gespräche waren im Oktober 2010 leider von der ISAF abgebrochen worden.

Darüber hinaus ermöglicht die jetzt offiziell geäußerte Gesprächsbereitschaft der Taliban auch, Gespräche mit ihren offiziellen Vertretern zu führen. In der Vergangenheit hatte es immer mal Verlautbarungen über Gespräche gegeben. Spektakulär hatte sich 2010 ein Gesprächspartner als Hochstapler erwiesen. Bei anderen Gesprächen traten ehemalige prominente Taliban auf, über deren Kontakte zur gegenwärtigen Taliban-Führung nur gemutmaßt werden konnte.

Die Gesprächsbereitschaft der Taliban kommt zu einem wichtigen Zeitpunkt – die Folgekonferenz zehn Jahre nach der Petersberger Konferenz von 2001.

Für Anfang Dezember lädt die Bundesregierung zu einer großen Afghanistan-Konferenz



auf den Bonner Petersberg ein. Insgesamt über 1.000 Delegierte aus 90 Staaten werden erwartet. Die Leitung der Konferenz soll die afghanische Regierung übernehmen.

Drei Themenschwerpunkte sollen nach Angaben der Bundesregierung im Vordergrund stehen:

- die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung bis 2014;
- das weitere internationale Engagement für Afghanistan im Anschluss daran
- und der politische Prozess, also die innerafghanische Aussöhnung und Integration ehemaliger Taliban-Kämpfer.

Ausdrücklich wird die angekündigte Dezember-Konferenz als Folgekonferenz zehn Jahre nach der Petersberger Konferenz von 2001 bezeichnet. Als sich am 27. November 2001 die Teilnehmer der ersten Petersberger Konferenz trafen, waren gerade die Taliban besiegt und nach Pakistan vertrieben worden. Damals ging es darum, eine Übergangsregierung zu bilden, an der alle bedeutenden Volks- und Interessengruppen beteiligt sein sollten. Die Idee war gut, die Ausführung unzureichend.

Bestimmend in dieser Konferenz war die gegen die Taliban siegreiche Nordallianz, die zu diesem Zeitpunkt bereits de facto die Macht in Afghanistan ausübte. Sie gab vor, die Interessen der Tadschiken, Usbeken und Hazara zu vertreten. In der größten Bevölkerungsgruppe - die Paschtunen - hatte die Nordallianz so gut wie keine Anhänger. Auch die Paschtunen waren in Bonn vertreten, vor allem durch den aus seinem langjährigen römischen Exil angereisten ehemaligen afghanischen König Mohammed Zahir und seine Gefolgschaft. In Afghanistan hatte diese Gruppe bereits seit Mitte der siebziger Jahre keinen nennenswerten Einfluss mehr. Nicht vertreten waren die Taliban und auch so gut wie nicht ihr traditionelles Umfeld in den paschtunischen Stämmen. Die Posten in der anschließend gebildeten Übergangsregierung wurden entsprechend vergeben: Einige Schlüsselpositionen wurden de facto von westlichen Regierungen mit ihnen genehmen Exilpolitikern nicht-paschtunischer Herkunft besetzt, andere gingen direkt an Vertreter der Nordallianz, darunter auch an einige berühmte Warlords und Kriegsverbrecher.

Die Ergebnisse der ersten Petersberger Konferenz trugen wesentlich mit dazu bei, dass sich schon bald der Aufstand gegen die als Besatzung empfundenen internationalen Truppen entwickelte und ausbreitete; die Taliban, deren Vertreibung ganz Afghanistan als Befreiung erlebt hatte, konnten wieder zurückkehren und wurden von vielen Afghanen allmählich als

„kleineres Übel“ akzeptiert.

Heute, zehn Jahre nach der ersten Petersberger Konferenz, ist Afghanistan innerlich zerrissen. Die von den Taliban dominierte Aufstandsbewegung hat weite Teile des Landes erfasst und damit deutlich gemacht, dass sie ein nicht zu unterschätzender Faktor im Land ist. Die von US-General Petraeus verkündete Strategie, die Taliban-Führer zu töten, haben die Taliban umgedreht und mit zum Teil spektakulären Anschlägen gegen prominente Regierungsvertreter demonstriert, dass sie auf diese Weise von der NATO nicht zu zerstören sind. Die NATO wiederum macht mit ihren Bombardements deutlich, dass auch die Taliban nicht siegen können.

Für die kommende Petersberger Konferenz steht daher die Aufgabe im Raum, den Realitäten Rechnung zu tragen und nach einer politischen Verhandlungslösung zu suchen.

Bereits im „Fortschrittsbericht Afghanistan“ der Bundesregierung vom Dezember 2010 hieß es: „Auch wenn die von den Vereinten Nationen mandatierte internationale Militärpräsenz einen entscheidenden Beitrag in Afghanistan leistet, kann der dortige Konflikt nicht allein militärisch gelöst werden. Der Weg zu einem stabilen und sicheren Staat erfordert letztlich eine ‚politische Lösung‘, einen Prozess der Verständigung und des politischen Ausgleichs mit der Insurgenz“ (S.62).

Wenn man den politischen Ausgleich mit der Insurgenz will, muss man mit der Insurgenz, also den Aufständischen, sprechen und wenn man eine Konferenz zur Lösung des Afghanistankonflikts einberuft, dann muss man dorthin auch die Vertreter der Insurgenz einladen! Ob aber Vertreter der Taliban zu der Konferenz im Dezember 2011 nach Bonn eingeladen werden und falls ja, ob sie auch teilnehmen werden,

ist nach Aussage der Bundesregierung derzeit völlig offen. Der US-Botschafter in Kabul hatte in einer Pressekonferenz de facto eine Teilnahme der Taliban untersagt.

Wenn beide Seiten ernsthafte Gespräche mit dem Ziel aufnehmen wollen, Verhandlungen über eine Friedenslösung zu führen, dann sollten beide Seiten auch keine Zweifel an ihrer Verhandlungsbereitschaft aufkommen lassen. Ein Lackmustest für eine solche Bereitschaft wäre ein von beiden Seiten zu vereinbarendem und einzuhaltendem Waffenstillstand, wenn nicht gleich für ganz Afghanistan, dann zumindest für eine definierte Region. Einen solchen Versuch hatte es bereits 2009 gegeben. Damals kam es auf Initiative von Vermittlern aus der afghanischen und deutschen Friedensbewegung zu einem Waffenstillstandsangebot der Taliban für die Region Kundus und in Zusammenhang mit Gesprächen auf hoher NATO-Ebene zu einem zeitweisen einseitigen Waffenstillstand der Taliban in dieser Region. Diese Bemühungen scheiterten leider an fehlender Bereitschaft der NATO und auch der Bundesregierung.

Mit Sicherheit braucht es auch eine internationale Verhandlungsebene und eine weitere Neuaufgabe der Petersberg-Konferenz nach 2011, wenn es irgendwann ernsthafte Verhandlungen über eine Friedenslösung für Afghanistan geben soll. Für substantielle Ergebnisse ist der gewählte Zeitraum der kommenden Konferenz Anfang Dezember sicherlich zu früh. Aber „Petersberg 2“ könnte ein wichtiges Signal der Verhandlungsbereitschaft senden und damit den Weg frei machen für eine ernsthafte internationale Konferenz zur Lösung des Afghanistan-Konflikts, sozusagen „Petersberg 3“!

Otmar Steinbicker ist Herausgeber des Aachener Friedensmagazins – [www.aixpaix.de](http://www.aixpaix.de).



Karikatur: Klaus Stuttmann

## Versöhnung vor Ort

# Würdiges Leben im Alter

## Putevi mira fragt nicht nach der Volkszugehörigkeit

von Doris Straßburger

*Doris Straßburger - Mitglied des Versöhnungsbundes, ehemalige Pfarrerin der Ev. Kirchengemeinde Essen-Kray - ist nach wie vor engagiert in dem Projekt „Würdiges Leben im Alter“, das von der anerkannten NGO (Nicht-regierungsorganisation) Putevi mira betrieben wird.*

Diese Organisation hat sich die Arbeit am friedlichen Zusammenleben und an der Versöhnung der verschiedenen Ethnien in Bosnien zum Ziel gesetzt. Zwei Mitarbeiterinnen von UG Putevi mira haben an der Ausbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung beim Forum Ziviler Friedensdienste (ZDF) in Deutschland teilgenommen. Die Bonner Bosnien Initiative hat während des Krieges in Ex-Jugoslawien (1992–95) die Aufnahme von Flüchtlingen in Bonn organisiert, die Menschen begleitet und durch ein Rückkehrprojekt den Aufbau von zerstörtem Eigentum ermöglicht. Aus den bis heute bestehenden persönlichen Kontakten hat sich ein Unterstützerkreis entwickelt. Die Stadt Kozarska/Bosanska Dubica liegt im Nordwesten Bosnien-Herzegowinas (BiH) an der Una,

dem Grenzfluss zu Kroatien. In der Stadt lebten vor dem Krieg bosnische Serben, Muslime und Kroaten zusammen. Man kannte sich und feierte die Traditionen der jeweils anderen mit. Heute ist die Stadt mehrheitlich serbisch und hat rund 30.000 EinwohnerInnen. Dank der Initiative von Putevi mira können vertriebene bosnische Muslime und Kroaten wieder in ihrer Heimatstadt als Minderheiten leben.

Der letzte Krieg (1992–95) hat viele Häuser und vor allem auch die Industrie zerstört. Die Folge sind bis heute der Verlust der Arbeitsplätze, die Teilung der Familien und eine große Zahl von Krankheiten wie Posttraumatischer Stress und Herzinfarkte. Der Überlebenskampf schiebt die Alten an den Rand. Die Rente liegt zwischen 75–150 Euro, was nicht für Medikamente und Nebenkosten reicht. Viele alte Menschen sind allein, ihre Angehörigen sind im Ausland. Die Alten bleiben sich selbst überlassen. Depressionen und Selbstaufgabe sind die Folgen. Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen. Die Krankenkosten müssen zum größten Teil selbst bezahlt wer-



den. Außer dem Sozialamt gibt es in der Stadt keine Institution, die für die alten Menschen sorgt. Eine bewilligte Unterstützung beträgt höchstens 21 Euro im Monat. Menschen, die kein Einkommen haben, sind unsichtbar für die Stadt: Niemand weiß, wie sie überhaupt überleben.

UG Putevi mira arbeitet u.a. an einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität für einsame, kranke ältere Menschen und möchte dazu den zivilgesellschaftlichen Einsatz für ein „würdiges Leben im Alter“ stärken.

UG Putevi mira ist ein amtlich registrierter Verein. Er arbeitet zusammen mit anderen NGOs in BiH und dem Ausland. Zusammen mit der Jugendakademie Walberberg gestal-



tet die Ev. Kirchengemeinde Essen-Kray das Projekt in Dubica weiter. Auch darüber hinaus werden Sponsoren gesucht, die z.B. mit 19 Euro monatlich (Dauerauftrag) das Projekt unterstützen - c/o Ev. Kirchengemeinde Essen-Kray; KD Bank Dortmund (BLZ 350 601 90); Konto 522 2400 246; Stichwort: Bosnienprojekt Würdiges Alter (Spendenbescheinigungen werden ausgestellt). - Der folgende Bericht (vom 01.05.2011 – 05.07.2011) vermittelt einen lebendigen Eindruck von der Arbeit vor Ort.

Das Projekt „Würdiges Leben im Alter“ ist ein Projekt für verlassene, kranke und sozial schwache alte Menschen aller Volkszugehörigkeit, die über 60 Jahre alt sind. Es soll über einen Zeitraum von einem Jahr mindestens 70 alte Menschen erreichen.

Anfang Mai haben wir zuerst einmal mit dem Pflegedienst, mit zwei Pflegerinnen, die eine Ausbildung in Altenbetreuung und -pflege haben, angefangen. Es wurden zuerst die Klienten genommen, die am schlechtesten dastehen.

Jede Pflegerin besucht drei bis vier alte Menschen am Tag. Abhängig von der Situation der zu Betreuenden werden einzelne alte Menschen wöchentlich oder täglich oder in einem abgestimmten Wochenrhythmus besucht. Die Pflegerinnen helfen bei der Körperpflege, im Haushalt, beim Erledigen von schriftlichen Angelegenheiten und vielen anderen Sachen, die nötig sind. Sie organisieren und begleiten alte Menschen bei Behördengängen und zum Arzt. Die persönlichen Gespräche sind sehr wichtig für die Klienten, ebenso wichtig ist die körperliche Aktivierung der älteren Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Die Pflegerinnen machen oft Spaziergänge, Besuche und Kaffeegespräche bei den Nachbarn mit den Klienten.

Genauso wird bei den Hausbesuchen der Mut zum Aussprechen von belastenden Ereignissen gestärkt durch urteilsfreies Zuhören und Annehmen des jeweils anderen. Sobald es die Finanzierung zulässt, werden weitere Pflegerinnen mit den Hausbesuchen beginnen, und wir hoffen, später die Arztuntersuchung und die nötigsten Medikamente, die nicht über eine Versicherung übernommen werden, einzubringen.

Wir möchten uns bei unseren Helfer/innen herzlich für Ihre Spenden bedanken.

Mit herzlichen Grüßen

UG Purevi mira

Einige Schreiben von alten Menschen in Dubica sind es wert, im Anschluss an diesen Bericht abgedruckt zu werden:

Esma, geb. 1931

Dieses Projekt ist das Schönste, was mir in meinem schweren Leben passiert. Allein bin ich und krank, ich sehe schlecht, und es ist sehr schwer, mit anderen in Kontakt zu kommen. Ich wohne im 5. Stock (ohne Aufzug) Niemand kann mich besuchen, und ich kann nicht mehr bis zum nächsten Nachbarn hulaufen. Ich bin schon ein Jahr nicht aus der Wohnung gekommen, habe keine Verbindung zur Außenwelt. Schwer ist es, wenn man alt, krank und von allen verlassen ist. Mein Leben reduziert sich auf den Tag, an dem der Besuchsdienst kommt.

MINA, geb. 1926

„WAS SOLLEN WIR MACHEN, WENN DIESES PROJEKT AUFHÖRT?“ - das frage ich mich, seitdem ich weiß, dass das Projekt Ende März 2010 mit seiner Arbeit aufhört. Ich bin eine allein lebende Frau, die niemanden hat. Einen Sohn habe ich gehabt, der ist gestorben. Ich lebe von einer Rente, die meinen Bedarf nicht abdeckt. Zucker habe ich bekommen, als ich meinen Sohn verlor. Ich brauche jemanden, der diesen kontrolliert- wenigstens einmal in der Woche. Unser Projekt ist mir eine große Hilfe, und ich wünschte sehr, dass es weiterginge.

ESMA und DAUD, beide geb. 1931

Für uns ist das Projekt eine große Hilfe. Ich kann nicht mehr auf die Beine, und mein Mann hatte vor 16 Jahren einen Hirnschlag und kann Hände und Füße nicht bewegen. Hilfe ist für uns unerlässlich, und wir wünschen uns, dass dieses Projekt seine Arbeit fortsetzt. Wir haben uns gewöhnt an die Personen, die uns besuchen, und sie helfen uns sehr. Kinder ha-

ben wir nicht, leben allein von einer Rente, mit der wir nicht alle Ausgaben decken können. Ich bitte Sie sehr, so Sie irgendwie können, dass Sie mit dieser Hilfe fortfahren.

RADE, geb. 1917

... Ich lebe allein, meine Frau ist vor 20 Jahren gestorben. Kinder hatten wir nicht. Traurig bin ich, dass niemand Zeit für mich hat. Ich wurde im II. Weltkrieg schwer verwundet, ich bin Invalide in Bezug auf meine Beine, welche mir 3 mal operiert wurden nach dem Krieg. Ich bewege mich mit Hilfe von Krücken. Ein wenig plagt mich der hohe Blutdruck, besonders wenn ich Öl und Fleisch esse. Das Projekt bedeutet mir aus folgendem Grund viel: Regelmäßig misst man mir den Blutdruck, und ich weiß, wie die Medikamente einzunehmen sind. Obwohl ich diesen Apparat habe, um den Blutdruck zu messen, erkenne ich nichts auf ihm. Meine Augen müssen operiert werden (Katarakt= grauer Star). Ich liebe es, mich zu unterhalten, wenn es sich ergibt. Ich freue mich sehr, wenn der Besuchsdienst zu mir kommt. Die Frau, die mich besucht, liebe ich wie ein eigenes Kind. Wenn sie mich besucht, misst sie mir den Blutdruck und befragt mich nach meiner Gesundheit und wie ich die Medikamente einnehme, und ist bereit, mit mir ein menschliches Gespräch zu führen; sie hört zu und fragt mich. Das genieße ich nämlich, und ich weiß nicht, wie es sein wird, wenn es das, woran ich mich so gewöhnt habe, nicht mehr geben soll. Wahrscheinlich wird da lange keiner sein, der bei mir die Tür öffnet, und - davon ganz zu schweigen- der mich fragt, wie es mir geht und was ich brauche. Deshalb bin ich sehr dankbar für das, was ich habe, und wünsche mir, dass es bleibt bis zu meinem Lebensende.



## Nachruf

# Dr. Franz von Hammerstein

von Ulrich Sonn

Franz von Hammerstein, geb. am 6. Juni 1921 in Berlin, u.a. Mitglied des Versöhnungsbundes ist am 15. August 2011 verstorben. Der folgende Nachruf möchte an ihn erinnern und sein Engagement würdigen.

Widerstehen und Versöhnen – diese beiden Begriffe charakterisieren den Lebensweg und das Lebenswerk von Franz von Hammerstein. Er war 51 Jahre Mitglied des Versöhnungsbunds.

Widerstehen, sich nicht abfinden mit Unrecht und Militarismus, hat ihn von seiner Jugendzeit an geprägt. Die aufrechte Haltung seines Vaters – der als Oberkommandierender der Reichswehr sich bereits 1933 den Angriffsplänen Hitlers verweigerte – und der Konfirmandenunterricht bei Martin Niemöller hinterließen tiefe Spuren und gaben ihm geistliche und politische Orientierung. Als Jugendlicher musste er im letzten Kriegsjahr aufgrund der Sippenhaftung denselben Weg gehen wie Martin Niemöller – ins Konzentrationslager. Diesen schrecklichen Leidensweg konnte er – Gott sei Dank! – ebenso wie Martin Niemöller lebend überstehen.

Wenn er uns und Gästegruppen des Niemöller-Hauses über diese Erfahrungen und die dramatischen Ereignisse seiner Befreiung und Heimkehr berichtete, wurde Geschichte lebendig und berührend: als Zeitzeuge hat er unendlich viele Menschen authentisch informiert und die Gefahr und Schrecken des Faschismus plastisch werden lassen. Was widerständiges Leben und Wachsamkeit bedeutet, konnte man in seiner Person erfahren. So wird in seiner Biographie und seiner Lebenspraxis in einzigartiger Weise deutlich, was wir Jahre später zum Motto des Martin Niemöller-Hauses gewählt haben: Erinnern – für die Zukunft!

Wie Martin Niemöller hat er nach dem Krieg sein Leben in den Dienst der Versöhnung gestellt: Erinnerungsarbeit und aktives friedenspolitisches Handeln. Als einer, der die Lehren aus der Vergangenheit ernst nahm, schloss er sich in den 1950er Jahren der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und später der Anti-Atomwaffenbewegung um Martin Niemöller und Heinz Kloppenburg an. Sein Engagement für Versöhnung führte ihn konsequenterweise zu Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste (ASF): der Aufbau und die geistige Orientierung, mit der er ASF in den Gründerjahren leitete, die Konzipierung der Freiwilligendienste als „Dienst für den Frieden“, die vielfältigen Brücken, die er durch seine weltweiten Verbindun-

gen für ASF baute, ließen ihn zu einem Pionier der Friedensbewegung werden. Dabei war diese Versöhnungsarbeit für ASF in der Aufbauphase ganz und gar nicht selbstverständlich, wie es später sein Freund Rabbiner Nachama beschreibt, sondern eigentlich ein Akt des Widerstands – gegen konservative und reaktionäre Kreise in Gesellschaft und Kirche. Durch die Projekte von ASF in den Ostblockstaaten, die er im Laufe der Jahre besuchte, erlebte er, dass die Menschen dort genauso um den Frieden in der Welt bangten, hofften und beteten wie im Westen.

Brückenbauer und Pionier war er auch in seinem weiteren Lebensweg: als Leiter des jüdisch-christlichen Dialogprogramms im Stab des Ökumenischen Rats in Genf, als Förderer der Aussöhnung mit Israel, Polen und den osteuropäischen Nachbarn, durch vielzählige Projekte und Veranstaltungen, als Mitglied des Buchenwald-Komitees, als Vorsitzender der Gesellschaft für deutsch-russische Begegnung nach der Wende – um nur einiges zu nennen.

Später war er Direktor der Evangelischen Akademie Berlin, die unter seiner Leitung ein Ort des Dialogs zwischen Ost und West, aber

immer wieder auch ein Ort der Erinnerung an den Nationalsozialismus und an den Widerstand war. In dem Band „Von Vorurteilen zum Verständnis“, der von seinem intensiven Studium Martin Bubers zeugt, beschreibt er sein Verständnis von Dialog: „Der gültige Dialog beginnt immer wieder damit, den Partner so zu verstehen, wie er sich selbst darstellt, und nicht damit, ihm ein besseres Verständnis seiner selbst aufzuzwingen“. So wie die Persönlichkeit Martin Niemöllers auf ihn prägend wirkte, so war sicher auch dessen Verankerung im christlichen Glauben für ihn ermutigend und beispielgebend. Ein tiefes Gottvertrauen gab ihm die Kraft zu seinem segensreichen Versöhnungswirken. Vielleicht ist dies das wichtigste Erbe, das Franz von Hammerstein uns weitergab.

Anlässlich seines 90. Geburtstags vor ein paar Wochen brachten wir, die Hausgemeinschaft des Niemöller-Hauses und ein engerer Freundeskreis, ihm ein Geburtstagsständchen auf seiner Terrasse, was er mit seinem sanften, gütigen Lächeln sichtlich genoss! So, mit diesem Bild, wollen wir ihn in Erinnerung behalten – unseren Franz.



Franz von Hammerstein

# Nachrichten und Termine

## Piano und Forte statt Kriegstransporte

### Lebenslaute im zivil-militärischen Flughafen Leipzig/Halle

Am 4. September führten erstmalig 63 Musikerinnen und Musiker der Lebenslaute eine größere Aktion gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle im Terminalgebäude durch. Das zweistündige klassische Konzert mit Chorstücken und Orchesterwerken wurde nach anfänglichen Versuchen, die Konzertaktion zu unterbinden, von der Flughafengesellschaft und der Polizei geduldet.

Unter <http://www.graswurzel.tv/v166.html> findet Ihr einen Bericht über die jüngste Lebenslaute-Aktion am 4.9., natürlich auch mit Beteiligung einiger vertrauter Gesichter von unseren Jahrestagungen.

### Karl-Heinz Bittl bietet an:

neue Ausbildungen zum ATCC-Ansatz

- TrainerIn in ziviler gewaltfreier Konfliktbearbeitung und transkulturellem Lernen (Beginn: 12.-15.10.2011)

- KonfliktberaterIn (ATCC) (Orientierungsseminar 23.-24.8.2011)

- ATCC-Coach, Grundkurs zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung ( 14.-17.9.2011)

- Beraten und Begleiten, damit Elterngespräche gelingen (30.9.-1.10.2011)

Karl-Heinz Bittl, Hochstr. 75, D- 90522 Oberasbach

### Europäisches Institut Conflict-Culture-Cooperation (EiCCC)

#### GEWALTFREI HANDELN

Ausbildung zur TrainerIn in ziviler und gewaltfreier Konfliktbearbeitung und transkulturellem Lernen

Es sind noch Plätze frei: Beginn 12.-15.10.2011, zweijährige Ausbildung für Menschen, die Ideen und Handeln des gewaltfreien Handelns weitergeben wollen.

Ausbildung findet an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik und Südtirol statt.

#### VERÄNDERUNGEN ERMÖGLICHEN!

Selbstcoaching und Coaching bei persönlichen und gesellschaftlichen Veränderungen

Grundkurs: Beginn: 17.-19.11.2011

6 teiliger Grundkurs für Menschen die an sich und der Gesellschaft etwas ändern wollen.

Der Kurs findet in unterschiedlichen Lebensprojekten in Deutschland statt.

Veranstalter beider Kurse: FBF-Nürnberg, Friedenskreis Halle, EiCCC,

Information und Anmeldung bei Karl-Heinz Bittl, [info@eiccc.org](mailto:info@eiccc.org) oder Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit e.V. [fbf.nuernberg@t-online.de](mailto:fbf.nuernberg@t-online.de); Telefon: 0911-6996294; Fon: 0049-911-6996294; neue Handynummer: 0173-8063071

Skype: karlosccc; Mail: [bittl@eiccc.org](mailto:bittl@eiccc.org); [www.eiccc.org](http://www.eiccc.org), [www.rootswork.de](http://www.rootswork.de) [www.konfliktberater.org](http://www.konfliktberater.org), [www.fbf-nuernberg.de](http://www.fbf-nuernberg.de)

### Der Österreichische VB bietet an:

#### VB-Herbstlehrgänge

zwei Kurzlehrgänge in Wien und Vorarlberg. An den drei Wochenenden in Wien zum Thema „Gewaltfreier Umgang mit Konflikten“ stehen die Grundlagen und Methoden der aktiven Gewaltfreiheit, persönliche Konflikte und die Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg im Mittelpunkt, in Vorarlberg lautet das Thema „Gewaltfrei handeln lernen!“ und schließt zusätzlich gesellschaftlich-politische Handlungsfelder mit ein. Nähere Informationen auf unserer Website. [www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)

#### VB-Solidaritätsreise nach Kolumbien

Vom 4.-19. Februar 2012 findet die zweite Solidaritäts- und Studienreise des Versöhnungsbundes nach Kolumbien statt. Sie bietet die Möglichkeit, dieses Land jenseits touristischer Wege näher kennenzulernen. Höhepunkt wird der Besuch der Friedensgemeinde San José de Apartadó sein, mit der sich der Versöhnungsbund durch seine internationale Friedenspräsenz ganz besonders verbunden fühlt.

#### VB-Austauschwochenende im Waldviertel

Im Europahaus verlebten wir erfahrungsreiche Tage. Gespräche, Singen, Wandern und gemeinsame Mahlzeiten füllten die Zeit. Meditation und Grillen stärkten unsere schöne Zeit hier. Wir freuen uns auf nächstes Jahr, wir planen wieder ein VB-Wochenende.

#### Vorankündigung - Tagung

Eine Kooperation aus über 10 Friedensinstitutionen aus Österreich und dem ehemaligen Jugoslawien wird von 30. November bis 1. Dezember 2011 eine internationale Tagung zu Verantwortung und Herausforderungen einer „Europäischen Friedenskultur“ an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt veranstalten.

## Church and Peace

weist uns hin auf die Termine im Jahr 2012:

- die frankophone Regionaltagung am 26./27. April in Brüssel

- die Mitgliederversammlung 2012 am 27.-29. April in Brüssel

- die deutschsprachige Regionaltagung am 23.-25. November auf dem Thomashof bei Karlsruhe

Kontakt über Martin Schuler - Church and Peace Internationale Geschäftsstelle/International Office/Secrétariat international; Ringstr. 14

35641 Schoeffengrund, Germany; Tel: +496445 5588; Fax: +49 6445 5070; [IntlOffice@church-and-peace.org](mailto:IntlOffice@church-and-peace.org); [www.church-and-peace.org](http://www.church-and-peace.org)

### Weitere Veranstaltungen:

**Samstag, 08.10.2011 Berlin:** Aktionen - 10 Jahre Afghanistankrieg. Protestmarsch zum Kanzleramt „Truppen abziehen - sofort und Bedingungslos“, VA: Gruppen der Berliner Friedenskoordination

Kontakt: Berliner FriKo, Laura von Wimmersperg, Hauptstr. 37, 10827 Berlin, Tel.: 030/7823382 p., Fax: 030/7823382

E-Mail: [laurawimmersperg@t-online.de](mailto:laurawimmersperg@t-online.de)

Internet: <http://www.friko-berlin.de>

**Samstag, 08.10.2011 Hamburg:** 6. RegionContact-Nord „Bestandsaufnahmen und Ziele der Sozial- und Friedensbewegung“ mit Prof. Dr. Norman Paech, Sabine Schiffer, Angelika Claußen, Uli Cremer, 11-16 Uhr, Ärztehaus, Humboldtstr. 56, VA: IPPNW (IPPNW Regionalgruppe Hamburg)

Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/698074-0, Fax: 030/6938166

E-Mail: [kontakt\(at\)ipnw\(Punkt\)de](mailto:kontakt(at)ipnw(Punkt)de)

Internet: <http://www.ipnw.de>

**Samstag, 29.10.2011 - 30.10.2011 Berlin:** Tagung „Israel und der Wandel in der arabischen Welt“ - Stillstand im Israel/Palästina-Konflikt -, ab 9.30 Uhr, Heinrich-Böll-Stiftung, Beletage, Schumannstr. 8, VA: HBS in Kooperation mit deutsch-israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK)

Kontakt: Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), Schumannstr. 8, 10117 Berlin, Tel.: 030/28534-0, Fax: 030/28534-119

E-Mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

Internet: <http://www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=10139>

# Eine Nahost-Zeitung ins Leben rufen

von Peter Bingel und Christian Kercher

Als Projektgruppe aus dem Bonner Raum bemühen wir uns, „Geburthelfer“ zu sein für eine neue Palästina-Israel-Zeitung. Wir sind etwa zehn unabhängige Privatleute. Uns eint die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft zu wenig informiert ist über die tatsächliche Situation und die Ereignisse im geographischen Palästina, das heißt im Gebiet des Staates Israel und in den von Israel besetzten oder abgeriegelten Gebieten: im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen.

Die europäische Öffentlichkeit und Politik haben sich seit Jahrzehnten einseitig auf die Sicherung des Staates Israel konzentriert und die palästinensische Perspektive vernachlässigt. Diese wollen wir in der Zeitung betonen. Denn Europa, speziell Deutschland und Österreich, haben nach dem „Dritten Reich“ nicht nur eine besondere Verantwortung für Israel, sondern auch für die Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte in Palästina. Und unter deren fehlender Anwendung und Durchsetzung leiden die Palästinenser seit Israels Staatsgründung. Dabei liegt es auf der Hand, dass Freiheit und Gerechtigkeit für die Palästinenser der einzige Weg für Israels langfristige Sicherheit sind. Friedensverhandlungen haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Parteien nicht dermaßen ungleich sind, wie es in Nahost der Fall ist. Daher gilt es, die leichtere Waagschale zu beschweren.

Im Internet gibt es die nötigen Informationen in jeder Menge und Aktualität. Im Printbereich fehlen sie vielfach. Die rheinischen Regionalgruppen der Deutsch-Palästinensischen Ge-

sellschaft (DPG) haben bis 2009 elf Ausgaben einer „Palästina Zeitung“ herausgegeben. Die DPG führt sie jetzt im zweiten Jahr auf breiterer und professionellerer Ebene weiter als „Palästina-Journal“. Aber es ist wie in der Wirtschaft: Was nützt das schönste und beste Produkt, wenn es nicht verbreitet wird?

Dieses Problems hat sich unsere Initiativgruppe angenommen. Unser Ziel ist, dass sich möglichst viele menschenrechtlich engagierte Gruppen, Organisationen und Personen an der Gestaltung und auf jeden Fall an der Verbreitung einer Nahost-Zeitung beteiligen.

Aber wie könnte die Zeitung aussehen? Weil es keine Vereinszeitung und alle Mitträger gleichberechtigt sein sollen, haben wir eine neue, exemplarische „Palästina-Israel-Zeitung“ entwickelt. Sie soll ein Beispiel sein und keine endgültige Vorgabe. Die Ausgabe liegt seit Juli 2011 vor: [www.palaestina-israel-zeitung.de](http://www.palaestina-israel-zeitung.de):

Darin finden sich prominente Stimmen von israelischen und palästinensischen Friedensaktivisten, zum Beispiel von Daniel Barenboim. Landkarten, Grafiken, Karikaturen und Fotos sollen die Lektüre anschaulich machen. Außerdem gehört dazu: ein Korrespondentenbericht aus Gaza, ein Erfahrungsbericht über das Unrecht der israelischen „Siedler“ und Soldaten in der nördlichen Westbank und ein Interview mit dem bekanntesten deutschen Professor für Völkerrecht, Christian Tomuschat.

Nun fragen wir: Wie ist das Urteil der Leser? Wer zeigt Interesse? Welche Gruppen und

Personen machen mit? Es sind verschiedene Formen der Beteiligung denkbar, zum Beispiel unmittelbar bei der Gründung eines Gemeinschaftswerkes mitzuwirken und einen Verein mitzugründen oder einem Herausgeberkreis oder einem Unterstützer- und Abonnenntenkreis beizutreten.

Wir haben mehr als dreißig Gruppen in Deutschland, der Schweiz und Österreich angeschrieben, die sich für Israel/ Palästina engagieren. Sie könnten unterschiedliche Akzente einbringen, wobei die eindeutige Grundlage das entwickelte Völkerrecht und die allgemeinen Menschenrechte sein soll. Und ein solch gemeinsam unterstütztes Zeitungsprojekt würde die Gruppen (und einzelne Engagierte) sowie deren Stimme und Wirkung in der Öffentlichkeit verstärken.

Der Internationale Versöhnungsbund zeigt in seiner Arbeit, dass er als Voraussetzung von Versöhnung ansieht, eklatantes Unrecht zur Sprache zu bringen und gewaltlos für dessen Beseitigung zu arbeiten. Will sich der Versöhnungsbund und seine Mitglieder an diesem übergreifenden Projekt für Nahost-Informationsarbeit beteiligen? Das würden wir uns sehr wünschen.

Sie können noch Exemplare der ‚Palästina-Israel-Zeitung‘ bestellen bei: Christian Kercher, Christstr. 42, 14059 Berlin. Tel. (030) 364 662 69 [kontakt@palaestina-israel-zeitung.de](mailto:kontakt@palaestina-israel-zeitung.de); Das ‚Palästina-Journal‘ wird auf Wunsch zugesandt von Peter Bingel, Königswinter. Email: [nrw@dpg-netz.de](mailto:nrw@dpg-netz.de)

## Buchhinweis

### „Befreiungstheologie vor Ort“

Andreas Hämer, Kleine Ketzereien - große Horizonte. Ansätze einer befreiungstheologisch orientierten Praxis; 216 Seiten; Sozio-Publishing; ISBN 978-3-935431-22-4; 12,80 Euro

Im vorliegenden Werk handelt es sich um eine kritische Reflexion kirchlicher bzw. gemeindlicher Praxis. Das zentrale Motiv ist die Erfahrung der Zerbrechlichkeit, die jedoch nicht nur als Grenzerfahrung, sondern durchgängig vor allem als Chance für Neues gedeutet wird

In einem ersten Teil („Sieben ketzerische Grundannahmen“) wird dies als Kritik herkömmlicher Dogmen durchgeführt – konkret im Hinblick auf jene theologisch zentralen Themen (Bibel, Israel, Jesus, Kirche, Glauben, Gott und Theologie), die überall mehr oder weniger als Prämissen der Praxis fungieren.

Im zweiten Teil werden vier „Konfliktfelder“ dargestellt: Seelsorge, Bildungsarbeit, politische Auseinandersetzung und Liturgie. Keines von ihnen ist konfliktfrei, überall sind konkrete Erfahrungen der Zerbrechlichkeit und des Zerbrechens und überall ist Auseinandersetzung und konkrete Stellungnahme angesagt.

Im dritten Teil („Horizonte“) werden „elementare Jenseiterfahrungen“ sowie konkrete „Diesseitsutopien“ (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung) beschrieben, die dann abschließend an einigen konkreten Beispielen veranschaulicht werden.

Entgegen einem verbreiteten Trend des Rückzugs auf theologisch vermeintlich sichere Positionen und / oder eine individualistisch-weltvergessene Spiritualität der Innerlichkeit wird hier eine praktische Theologie des gesellschaftsbezogenen und politischen Handelns entworfen, die sich den Impulsen sowohl des späten Bonhoeffer als auch verschiedener befreiungstheologischer Ansätze verdankt.



# Der neue VB-Vorstand (Wahlen vom Mai 2010)

Ullrich Hahn (Präsident), Matthias Engelke (Vorsitzender), Rudolf Albrecht / Heinz Rothenpieler (D), Gabi Bieberstein, Eberhard Bürger, Hannah Klemm / Tobias Lohse (D), Miriam Klemm, Margit Kliesch (GFV/ Schatzmeisterin), Davorka Lovrekovic (GFV)

(D = Doppelmandat), (GFV = Geschäftsführender Vorstand)

KassenprüferIn: Ulrike Heusinger von Waldegge, Berthold Keunecke

Geschäftsstelle: Holger Klee, Geschäftsführer / Maria Elisabeth Scharinger, Sekretärin

Referat / Referent für Friedensfragen: Clemens Ronnefeldt

## Aufgabenverteilung A-Z nach dem Stand vom August 2011

1. AGDF: Ullrich Hahn, Tel: 07721/21061, E-Mail: vb@raphs.de / Holger Klee, (=> 9)

2. Bund für Soziale Verteidigung: Berthold Keunecke, Tel: 05221/121957, E-Mail: b.keunecke@web.de

3. Church and Peace: Ullrich Hahn, (=> 1)

4. Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel: Gabi Bieberstein und Juliane Bieberstein, nok@versoehnungsbund.de

5. Eirene: Uli Sonn; Tel: 030/84319550, E-Mail: vb\_ulisonn@yahoo.de

6. Erziehung zum Frieden: Gregor Lang-Wojtasik; Tel: 08331/ 8337398, E-Mail: langwojtasik@ph-weingarten.de

7. Forum Pazifismus: Stefan Philipp, Tel: 040/18058283, E-Mail: redaktion@forum-pazifismus.de

8. Friedensdekade: Rudolf Albrecht, 05381/4905153, E-Mail: rudolf-albrecht@gmx.de

9. Geschäftsstelle: Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel:0571/850875, Fax: - /8292387, vb@versoehnungsbund.de

10. Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen: Matthias Engelke, Tel: 02153/121989, mwengelke@t-online.de

11. Gewaltfreie Kommunikation: Birgit Gündner, Tel: 07144 /97245, E-Mail: birgitguendner@gmx.de /

Julia Lang, Tel: 08331/8337675, E-Mail: ju.lang@web.de

12. Gewaltfreie Konfliktlösung: Christoph Besemer, Tel: 0761/43284, E-Mail: christoph.

besemer@wfga.de /

Kurt Südmersen, Tel: 05731/793325, E-Mail: info@orca-institut.de / Cornelia Timm

13. Gesprächskreis ökumenische Friedensdekade:Ekke u. Hanna Fetkötter, Tel: 04864-704, h.e.fetkoeter@t-online.de

14. Homepage des VB: Hanno Paul, Tel: 05223/44090, E-Mail: h.paul@praxis-habighorst.de

15. IFOR-Kontakt: Miriam Klemm, E-Mail: miriam.klemm@gmx.de /

Davorka Lovrekovic, Tel: 040/76500071, E-Mail: davorkaLo@web.de

16. Jugendrat: Tobias Lohse: mail@t-lohse.de / Hannah Klemm: hannah.klemm@gmx.de / Clara Ahlborn: 06096/682 / Clara Hahn: clara.hahn@web.de/ Sofia Firgau: sofi@live.de / Marco Geue: marco-geue@web.de

17. Kriegsdienstverweigerung/Zentralstelle KDV / Zivildienst: Ullrich Hahn, (=> 1)

18. Kirchentag / Katholikentag: Uli Sonn (=> 5) / Clemens Ronnefeldt, Tel: 08161/547015, Fax: 08161/547016,

E-Mail: C.Ronnefeldt@t-online.de

19. Kooperation für den Frieden: Clemens Ronnefeldt, (=> 18)

20. Mailingliste des VB: Martin Firgau, Tel: 0251/234733, info@contraviento.de

21. Mediation: Christoph Besemer (=> 12)

22. Naher und Mittlerer Osten: Clemens Ronnefeldt, (=> 18)

23. VB-Kommissionen

a. Afrika: Albert Hahn, albert.hahn@gmx.de,

Heinz Rothenpieler, Tel: 0211/312608, E-Mail: heinz.rothenpieler@dialog-international.org

b. Bewahrung der Schöpfung: Christiane Lohse, Tel: 030/7451094, E-Mail: christiane.lohse@t-online.de

c. Friedensauftrag und Soldatenseelsorge: Ekke u. Hanna Fetkötter, Tel: 04864-704, h.e.fetkoeter@t-online.de

d. Friedenstheologie: Thomas Nauerth, Tel: 0521/171861, E-Mail: nauerth.bielefeld@freenet.de /

Matthias Engelke, (=> 10)

e. Gender/ Diversity: Magdalene Ache-Klemm, Tel: 06762 /7719, E-Mail: ache-klemm@t-online.de /

Annette Nauerth, Tel: 0521/171861, E-Mail: nauerth.bielefeld@freenet.de /

f. Indischer Subkontinent: Benjamin Pütter, Tel: 0761/5569970, Mail: B\_Puetter@web.de /

Gregor Lang-Wojtasik (=>6)

g. Naher-Osten: Gabi Bieberstein, Juliane Bieberstein,(=>4) / Clemens Ronnefeldt (=>18)

h. Schulen ohne Bundeswehr: Achim Schmitz, Tel: 0711/6201132, E-Mail: achim@frieden-achim-schmitz.de

24. VB Gruppe Cochem /Zell: Elke Koller, E-Mail: dr.elke.koller@t-online.de / Matthias Engelke, (=> 10)

25. VB Gruppe Berlin: Leo Petersmann, Tel: 030/3424117, leo@dpetersmann.de

26. VB Gruppe Bielefeld: Thomas Nauerth, (=> 23.d)

27. VB Gruppe Lobberich: Matthias Engelke, (=> 10)

28. VB Stammtisch Minden: Erhardt Wichmann, Tel: 0571/56400, E-Mail: ehrwi@gmx.de

29. VB Gruppe Schwarzwald -Baar: Ullrich Hahn, (=> 1)

30. Redaktion VERSÖHNUNG: Andreas Hämer, Tel: 06898/7590778, E-Mail: versoehnung@gmx.de /

Maria Krisinger, maria.krisinger@gmx.de / Marta Przyrembel, E-Mail: bluenote91@gmx.de /

Dagmar Schulte, E-Mail: dagmar.schulte@gmx.de

31. SeniorInnenarbeit: Dieter Hemminger, Tel: 07231/89408, E-Mail: Dieter.Hemminger@freenet.de

32. Trägerkreis Atomwaffen abschaffen: Elke Koller, (=> 24)

33. Uganda / Kindersoldaten: Miriam Klemm (=>15), Uli Sonn (=> 5)

(weitere Kontaktdaten zu erfragen bei der Geschäftsstelle)

(Stand: August 2011)

# Meine Antwort auf das Kairos-Palästina-Dokument

Ich trauere um diejenigen Verantwortlichen in der Regierung Israels und um die Vertreter der Siedlerbewegung, die es für nötig halten, das Völkerrecht zu brechen, indem fremdes Gebiet besetzt gehalten wird, dort Bäume entwurzelt und Häuser zerstört werden und fremdes Eigentum bebaut wird.

Ich trauere um diejenigen Verantwortlichen in Palästina, die es für nötig halten, aus dem Gazastreifen heraus Raketen auf Israel abzufeuern.

Ich trauere um die Verletzungen, die sich Menschen selber zufügen, indem andere gedemütigt, entrechtet, verletzt, gefoltert oder getötet werden.

Ich trauere um die Opfer solcher Taten und ihre Angehörigen.

Ich glaube an eine gemeinsame Zukunft mit Menschen aus Israel und Palästina.

Ich glaube an eine gemeinsame Vergangenheit,

die das Leid der verfolgten Juden genauso anerkennt wie das Leid der entrechteten Palästinenser.

Ich glaube an eine gemeinsame Gegenwart mit Menschen aus Israel und Palästina, in der es gelingt durch die Kraft der Wahrheit und Liebe aus Feinden Freunde zu machen.

Ich glaube an die Kraft der Versöhnung,

die durch die Trauer um vergeudete und verhinderte Lebenschancen hindurch, die Kraft zum Leben im gleichberechtigten Miteinander wieder gewinnt.

Ich unterstütze alle Friedensbemühungen gleich auf welcher Seite, die dazu beitragen im Feind das menschliche Angesicht zu sehen und im eigenen Versagen keinen Grund finden, es fortzusetzen, weil es möglich ist umzukehren.

Ich übe Kaufverzicht von israelischen Waren aus den von Israel besetzten Gebieten.

Ich will kein Komplize des Unrechts werden

und lasse mich gerne darauf aufmerksam machen, wo ich in Gefahr stehe, es trotz besten Wissens und Gewissens zu werden.

Matthias Engelke